

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit der illustrierten Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr beträgt für die 4 gespaltete Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Zur Sozialgesetzgebung.

Der Normalarbeitstag resp. Maximalarbeitstag wird in dieser Session des Reichstags wieder zur Verhandlung kommen und zwar wird derselbe wohl zu eingehenderen Debatten führen als bisher. Denn früher lag eine lange Reihe von Anträgen auf Einführung einer neuen Arbeiterschutzgesetzgebung vor; diesmal wird sich das vorliegende Material auf die Sonntagsarbeit, auf die Frauen- und Kinderarbeit und auf den Maximalarbeitstag beschränken.

Bis jetzt sind zwei Anträge eingebracht; das Centrum verlangt durch die Abgg. Lieber und Hise einen elfstündigen Normalarbeitstag, wobei aber so viele Ausnahmen zulässig sein sollen, daß von dem eigentlichen Normalarbeitstage ziemlich wenig mehr übrig bleibt. Die Abgeordneten der Arbeiterpartei dagegen beantragen einen zehnstündigen Normalarbeitstag und werden, was eine Hauptsache ist, eine strikte und unnachsichtige Durchführung verlangen. Denn ohne eine solche bleibt der Normalarbeitstag eine papierne Maßregel, die wohl einen platonischen, aber keinen praktischen Werth hat.

Aus dem Antrag des Centrum leuchtet eine demagogische Tendenz unverkennbar hervor; man will die Unternehmer möglichst gelinde behandeln und die Sache so einrichten, daß es so ziemlich beim Alten bleibt; dann aber will man doch den Arbeitern sagen können: Seht, wir sind für Euch eingetreten und haben den Normalarbeitstag für Euch verlangt. Die Herren vom Centrum fühlen wohl, wie sehr in ihrer Partei die Befreiung um sich zu greifen droht; daher wird ein Mittel gesucht, um die Arbeiter festzuhalten, die längst schon nur mit Widerstreben den krummen Wegen des Herrn Windthorst folgen. Dazu soll nun der elfstündige Normalarbeitstag — mit zahlreichen Ausnahmen — dienen.

Es giebt allerdings in Deutschland leider Betriebe genug, wo mehr als elf Stunden gearbeitet wird. Allein ein elfstündiger Maximalarbeitstag reicht nicht hin, um die Arbeitslosigkeit so zu vermindern, daß die gesammte Arbeiterklasse einen Vortheil davon hat. Elf Stunden schwerer körperlicher Arbeit das ganze Jahr hindurch, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, bei fast immer ungenügender Ernährung, sind zu viel für einen normalen Menschen und müssen dessen Knochen und Muskeln vorzeitig abnutzen. Die Kiefennaturen, die das ohne Schaden an ihrer Gesundheit und Körperkraft aushalten können, sind eben so selten wie die Leute, die mit bloßer Hand ein Hufeisen zerbrechen.

Der zehnstündige Normalarbeitstag ist eine äußerst mäßige Forderung, wenn man bedenkt, daß in England und Nordamerika große Bewegungen im Gange sind, welche auf

die bekannten acht Stunden abzielen — acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung, acht Stunden Schlaf. Unter der gegenwärtigen Produktionsform ist diese Dreitheilung des 24 stündigen Tages in den Verhältnissen durchaus begründet. Wenn man heute vorläufig sich mit einem zehnstündigen Maximalarbeitstag begnügen will, so geschieht das, um die Durchführbarkeit dieser praktischen Forderung zu erleichtern. Auf der dadurch gegebenen Grundlage könnte dann weiter gebaut werden, wenn nur einmal die Gesetzgebung so weit gekommen wäre, die mancherliche Mauer von Vorurtheilen zu durchbrechen und sich das Recht zu vindizieren, in die wirtschaftlichen Verhältnisse regelnd und ordnend einzugreifen.

Wir erwarten vom Normal- resp. Maximalarbeitstag keine Wunder, aber er ist eine für die Arbeiter wohlthätige Institution und schafft eine Basis, auf der sich eine durchgreifende Arbeiterschutzgesetzgebung entwickeln kann. Auch muß der Maximalarbeitstag mit einer Reihe anderer Maßregeln in Verbindung stehen, um gewichtig einzuwirken. Vor allen Dingen aber möchten wir betonen, daß der Normalarbeitstag nicht allein vom ökonomischen resp. lautmännlichen Standpunkt aus zu betrachten ist. Der Industrielle, der den Normalarbeitstag verwirft, rechnet sich einen wirklichen oder angeblichen Abzug von der Quote seines Profits heraus und das genügt dann für die herrschende Professorenlaste, den Normalarbeitstag als „unausführbar“ zu verwerfen. Diese Leute rechnen aber mit der Arbeitskraft als mit einer Waare. Sie ist es insofern, als sie auf dem Arbeitsmarkte feilgeboten werden muß; aber sie ist dennoch keine gewöhnliche Waare, zu der sie so manche Nationalökonom gerne degradirt sehen möchten, denn sie hängt untrennbar mit einem lebendigen Menschen zusammen und wer dies nicht übersehen will, der muß auch zugeben, daß die „Waare“ Arbeitskraft mit den wichtigsten staatlichen und gesellschaftlichen Interessen zusammenhängt.

Daraus ergibt sich dann ganz von selbst, daß der Normalarbeitstag auch von anderer Seite gewürdigt werden muß; nicht allein nach seiner ökonomischen Bedeutung, sondern auch weil er dem Arbeiter Zeit giebt, sich zu erholen, sich zu bilden und sich an den öffentlichen Angelegenheiten zu theilhaben. Es ist eitel Heuchelei, wenn man von „Bildung“ spricht und „Bibliothekshelen“ einrichtet, dem Volke aber keine Zeit gewährt, diese Bibliotheken zu benutzen. Allerdings mag es Leute geben, welche sich vor der Volksbildung fürchten und die Windthorst und Kleist-Regow haben dazu eben so Grund wie die Richter und Marquardsen. Ein gebildetes Volk würde den Humbug der alten Parteien durchschauen und sich den neuen gesellschaftlichen Ideen zuwenden, welche den auf der Arbeiterklasse lastenden Druck beseitigen wollen.

So hat die Beschränkung der Arbeitszeit Konsequenzen,

die für die ganze Welt wohlthätig und vortheilhaft sind. Sie findet ihren Hauptgegner nur an jenem Egoismus, dem die Gesamtinteressen ewig ein Buch mit sieben Siegeln bleiben werden und der, nur den Vortheil des Augenblicks erfassend, die Gesamtentwicklung auf Jahrhunderte verderben würde — wenn er könnte.

Der Normalarbeitstag wird kommen, früher oder später; je früher er kommt, desto leichter wird unserem Volke seine ökonomische Befundung werden.

Die Wahlen vom 6. Dezember.

Die beiden Wahlen von vorgestern, in Mannheim und in Berlin, haben insofern große Aehnlichkeit, als sie beide ein beträchtliches Anwachsen der sozialistischen Stimmen zeigen.

Gerade im ersten Berliner Wahlkreise haben das die Gegner wohl am wenigsten erwartet! Man bedenke, daß dieser Kreis am stärksten jene Verdrängung der eigentlichen Arbeiterbewohner zeigt, welche in den Zentren aller aufstrebenden großen Städte bemerkbar ist: die Miethäusern weichen hier fashionablen Häusern mit glänzenden Läden, ausgedehnten Komptoirs und Bureaux und diese ganze Umwandlung vertriebt natürlich an vielen Punkten das Arbeiterelement zu Gunsten der Kaufleute, Hoflieferanten, Hoteliers und der ganzen Bedientenschaar von Kofstellanen, Reitknechten und wie die sich beständig mehrenden Anhängel der oberen Zehntausend alle heißen. Schon dadurch hatte die Arbeiterpartei einen schwereren Stand als jemals früher.

Dazu kam das Verhalten der Behörden, welche jede öffentliche Agitation, durch Schrift oder Rede, zu unterdrücken strebten. Mit der Freitagversammlung in der Tonhalle begann — und endete die öffentliche Propaganda für die Wahl Christensen's. Alle weiteren Versammlungen wurden verhindert — im Anfang durch die Einschüchterung der Wirths, später durch direktes polizeiliches Verbot —, alle Flugblätter wurden verboten; trotzdem stieg die Zahl der sozialistischen Stimmen von 821 auf 1454, also um nahezu achtzig Prozent! Das ist ein Resultat, wie es unter den bezeichneten Umständen glänzender kaum gedacht werden konnte und es wird nicht verfehlen, auf die Anhänger der Arbeiterpartei allerorts den erbebendsten Eindruck zu machen.

Auch in Mannheim hat der sozialistische Kandidat, Stadtrath Dreesbach, trotzdem er bei der Stichwahl vorgestern unterlegen ist, mehr Stimmen auf sich vereinigt, als jemals früher ein Vertreter der Arbeiterpartei. Man zählte nämlich sozialistische Stimmen:

1871	—
1874	1056
1877	1689
1878	2376
1881	2517
1884	4846
1886	6818
Stichwahl . . .	9775

aber bist sicherlich die schlechteste Vertreterin ihrer Sache. Ich spreche mich nicht von aller Schuld frei; aber ein Verbrechen war es, ein Weib wie Dich zur Mitwisserin und Beschützerin eines an sich unschönen Verhältnisses zu machen; was die Baronin aber durch Deine Fürsprache bezwecken will, ist mir in der That ein Räthsel. Ich verlange nicht zu wissen, auf welche Weise ich hierher gekommen bin, ich könnte sonst in Verlegenheit gerathen, um ähnlichen weiteren Zudringlichkeiten zu begegnen, die ganze Sache der Behörde mitzutheilen; aber ich verlange, daß Deine hohe Gönnerin mich fortan unangefochten lasse. In diesem Augenblicke aber verlange ich, daß Du mir die Thür öffnest und mich nicht länger zwingst, Dein giftgeschwollenes Gesicht anzusehen.

Während der letzten Worte Antonio's war eine verschleierte weibliche Gestalt aus einer Seitenthür eingetreten, und stand jetzt plötzlich vor Antonio, ohne daß er ihre Annäherung bemerkt hätte.

„Sie werden dies Haus verlassen können, sobald Sie wollen, Antonio!“ sagte sie mit bewegter tiefer Stimme, „nur einige Minuten wollen Sie sich noch gedulden!“ — und sich gegen die zweite Frau wendend, deutete sie ihr mit einer leichten Handbewegung an, sich zu entfernen.

Eine volle Minute lang stand Antonio, nachdem er mit der noch immer verschleierten Frau allein war, schweigend und niedergeschlagenen Blickes vor ihr; man sah es ihm an, daß ein heftiger Kampf in seinem Innern arbeitete und daß er Mühe hatte, seine Erregtheit zu verbergen. Noch immer abgewandten Blickes und mit gepreßter, fast tonloser Stimme fragte er endlich: „Was wollen Sie von mir?“

„Von diesem Augenblicke an nichts Anderes, als Ihnen erklären, daß ich meine Achtung vor mir selbst wieder erlangt habe, weil ich zu der Ueberzeugung gekommen bin, daß Sie ein Glender sind, weil ich Sie tiefer, viel tiefer verachten lernte, als mein eigenes Benehmen Ihnen gegenüber. Vor einer Stunde noch war es ein von Haß und Liebe untermischtes Gefühl, welches mich zu Ihnen trieb; vor einer Stunde noch hatte ich Pflichten gegen Sie, denen zu Liebe ich mich der gemeinsten Erniedrigung unter-

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

[3]

Die Verführerin.

Novelle von D. Colonius.

II.

Als Antonio aus seinem Schlafe erwachte, war es fast Mittag. Er sprang von seinem Lager auf und wunderte sich anfangs, daß er sich in in seinem Zimmer nicht zurechtfinden konnte; erst nachdem er die Gardinen, welche das Tageslicht abhielten, geöffnet hatte, erkannte er, daß er sich nicht in seiner Wohnung befände. Vergebens suchte er in seinem Gedächtnisse nach, wie er hierher gekommen; von dem Momente ab, wo er in den Wagen gestiegen war, hatte er keine Erinnerung mehr. Sein Zweifel dauerte indeß nicht lange; denn kaum hatte er seinen Anzug geordnet, als eine ältliche, ihm wohl bekannte Frau eintrat.

„Wir haben uns lange nicht gesehen, Herr Antonio,“ sagte sie mit jener lauenhaften Freundlichkeit, wie sie solchen Deenerinnen eigen ist, die von ihren Herren zu Vertrauten ihrer Sünden gemacht werden, und wenn nicht eine zufällige Berührung Sie hierhergeführt hätte, so hätten Sie vielleicht gar nicht daran gedacht, daß ich überhaupt noch existire.“

„Ich wünschte, mein Fuß wäre erlahmt, bevor ich die Schwelle dieses Hauses betrat, in welchem das verlappte Laster umherschleicht. Hätte ich Dich früher erdroßelt, Du Mutter der Sünde, bevor meine Ruhe Deinem hungrigen Rinde zum Opfer gebracht wurde!“

„Mein Kind?“ wiederholte das Weib mit grinsender Geberde, „wenn die Dame, mit der Sie hier zusammenkommen, mein Kind wäre, würde ich sie zwingen, ihre Liebe einem Manne zu entziehen, der ihrer ganz unwürdig ist. Ja, mein stolzer Herr Antonio, sehen Sie mich nur so groß an, Sie verdienen nicht so heiß und aufsperrnd geliebt zu sein, und wenn ich es genau überlege, weiß ich gar nicht, was die Frau Baronin von Ihnen will, daß sie an jedem Finger ein Duzend Anbeter herzfählen

könnte, von welchen mir jeder einzelne lieber wäre, als Sie. Bilden Sie sich ja nichts auf Ihre schönen Augen ein, solcher giebt es noch viele; aber es giebt wenige Baroninnen, die sich in Sie verlieben würden, und gewiß keinen zweiten Mann, der thöricht genug wäre, ein solches Glück mit Füßen zu treten.“

Antonio ergriff seinen Hut und machte ohne Gruß und Erwiderung einige Schritte gegen die Thür.

„Haben Sie nur noch ein wenig Geduld, ungestümer junger Herr!“ rief die Frau, ihn zurückhaltend; „sind Sie denn nicht neugierig, zu erfahren, wie Sie hierher kamen? Ich will Ihnen Alles erzählen, während Sie eine Tasse Chokolade trinken.“

Antonio schien indeß in der That nicht auf den Grund seiner Anwesenheit an diesem Orte neugierig zu sein und wäre sicherlich davon geübt, wenn die Frau ihm nicht nachgerufen hätte, daß die Hausthür geschlossen sei und daß er sich die Mühe des Treppensiegens ersparen möge.

„Was willst Du von mir und was soll ich hier?“ fragte Antonio umherschend. „Siehst Du nicht ein, daß es thöricht von Dir wäre, mir Trost bieten zu wollen? Ich würde die Thür erbrechen, aber zuerst Deine Schleicherseele aus dem verdorrten Knochengeriippe treten, wenn Du mir Widerstand leisten wolltest!“

„D, das sieht Ihnen nicht ähnlich, stolzer Herr Antonio! Sie können zwar ohne Bewußtseinsbisse den Ruf und das Lebensglück einer Frau zu Grunde richten, die Ihnen Alles zum Opfer gebracht hat; aber sich an einem schwachen, wehrlosen Weibe vergreifen? — Pfui, das wäre eines so edlen Ritters unwürdig! Uebrigens hätte ich gar nicht gedacht, daß Sie so furchtsam sind; Sie scheinen ja förmlich Angst vor mir zu haben. Es ist Ihnen jetzt so unheimlich hier; und doch waren Sie in demselben Hause und in diesem Zimmer so glücklich und überselig! Es ist gar nicht schön, daß Sie mich so verächtlich behandeln; aber unverzeihlich ist es, daß Sie —“

„Dat die Frau Baronesse Dich vielleicht beauftragt, mir Vorwürfe zu machen?“ unterbrach er den Redefluß des Weibes, „dann hätte sie in der That nicht nöthig gehabt, mich, ich weiß nicht durch welche Schleichmittel, hierher zu bringen; Du

Man sieht aus diesen Zahlen mit einem Blicke, wie das Proletariat in seinem politischen Emanzipationskampfe immer vorwärts geschritten ist, ohne jeden Rückschlag. Und wenn von den Stimmen, die vorgelesen bei der Stichwahl auf Dreesbach mehr als bei der ersten Wahl entfielen, auch einige der bürgerlichen Demokratie zuzuschreiben sein dürften, so ist und bleibt die Zunahme der eigentlich sozialistischen Stimmen in Mannheim doch eine ganz rapide.

Geradezu kläglich nimmt sich demgegenüber der Anblick der bürgerlichen Parteien aus. Die Konservativen im ersten Berliner Kreise brachten es vor zwei Jahren auf 6754 Stimmen, heute müssen sie sich mit 4783, mit nahezu 2000 weniger, begnügen. Der „Freisinn“ hat zwar im ersten Anlauf gesiegt, aber auch er sieht die Schaar seiner Anhänger, trotz einer sieberhaften Agitation, reduziert: von 8428 auf 7207! Das sind trotz aller äußerlichen Erfolge beschämende Resultate gegenüber der aufstrebenden Arbeiterpartei!

Und in Mannheim? In Mannheim hat allerdings ein Nationalliberaler noch niemals soviel Stimmen erhalten, wie vorgestern. 1884, in dem für sie günstigsten Jahre, brachten es die Nationalliberalen auf 8380 Stimmen und vorgestern auf 10792. Aber von diesen Stimmen ist ein großer Theil von den süddeutschen Bourgeoisdemokraten abgegeben worden, die sich offenbar viel mehr als Bourgeois denn als Demokraten fühlen und die daher einem sozialistischen Demokraten viel feindlicher gegenüber stehen als einem rückgratlosen Mittelpartei und Reaktionsär, der die Interessen der besitzenden Klassen vertritt. Schon nach der Wahl vom 26. v. M. wurde allgemein angenommen, daß von den 7636 Stimmen Dissen's ein Theil von den „Demokraten“ abgegeben worden sei, noch mehr gilt dies natürlich von den 10792, die vorgestern auf Dissen's entfielen. Alle Auforderungen des Mannheimer Komitees und der Demokraten im Reichstoge haben die Mannheimer „Volksparteier“ offenbar nicht bewegen können, aus ihrer Bourgeoisheit herauszutreten. Bricht man das alles in Rücksicht, so ergibt sich zweifellos, daß auch in Mannheim die nationalliberale Partei nicht stärker geworden ist, während die bürgerliche Demokratie, die früher den Kreis beherrschte, sich als vollständig politisch bankrott erwiesen hat.

Also überall Stillstand und Rückschritt der bürgerlichen Parteien! Ueberall Fortschritt und Aufschwung der Arbeiterpartei! Das ist das Ergebnis der Wahlen vom 6. Dezember.

Wir fügen hier gleich noch eine Zusammenstellung an, wie sich am Montag in den einzelnen Bezirken Berlins das Ergebnis der Abstimmung gestaltete:

Stadttheil Berlin.

1. Stadtbez. 1. Wahllokal: Berlinisches Rathhaus: Aloy 276, Gerold 111, Marggraf 17, Christensen 52.
2. Stadtbez. 1. Wahllokal: Füdenerstr. 55: Aloy 241, Gerold 92, Marggraf 5, Christensen 31.
3. Stadtbez. 2. Wahllokal: Straßauerstr. 11: Aloy 213, Gerold 95, Marggraf 5, Christensen 31.
4. Stadtbez. 2. Wahllokal: Straßauerstr. 43: Aloy 254, Gerold 144, Marggraf 5, Christensen 80.
5. Stadtbez. 3. Wahllokal: Straßauerstr. 57: Aloy 311, Gerold 106, Marggraf 11, Christensen 78.
6. Stadtbez. 3. Wahllokal: Klosterstr. 41: Aloy 227, Gerold 111, Marggraf 6, Christensen 42.
7. Stadtbez. 4. Wahllokal: Panoramast. : Aloy 347, Gerold 86, Marggraf 11, Christensen 44.
8. Stadtbez. 5. Wahllokal: Heiligegeiststr. 34: Aloy 284, Gerold 49, Marggraf 11, Christensen 34.
9. Stadtbez. 5. Wahllokal: Neue Friedrichstr. 44: Aloy 223, Gerold 56, Marggraf 5, Christensen 43.

Mit-Cölln.

10. Stadtbez. 6. Wahllokal: Scharrenstr. 7: Aloy 210, Gerold 130, Marggraf 17, Christensen 60.
11. Stadtbez. 6. Wahllokal: Brüderstr. 26: Aloy 226, Gerold 183, Marggraf 9, Christensen 30.
12. Stadtbez. 7. Wahllokal: Fischerstr. 10: Aloy 140, Gerold 122, Marggraf 4, Christensen 82.
13. Stadtbez. 7. Wahllokal: Friedrichsgracht 16: Aloy 178, Gerold 119, Marggraf 3, Christensen 63.
14. Stadtbez. 8. Wahllokal: Köpstr. 5: Aloy 178, Gerold 135, Marggraf 6, Christensen 66.
15. Stadtbez. 8. Wahllokal: Scharrenstr. 12: Aloy 192, Gerold 135, Marggraf 9, Christensen 74.

Friedrichswerder.

16. Stadtbez. 9. Wahllokal: Niederwallstr. 18: Aloy 154, Gerold 77, Marggraf 8, Christensen 51.
17. Stadtbez. 9. Wahllokal: Al. Kurstr. 1: Aloy 186, Gerold 107, Marggraf 8, Christensen 54.
18. Stadtbez. 10. Wahllokal: Jägerstr. 54: Aloy 227, Gerold 186, Marggraf 17, Christensen 36.

Dorotheenstadt.

19. Stadtbez. 11. Wahllokal: Dorotheenstr. 12: Aloy 110, Gerold 128, Marggraf 10, Christensen 13.

worfen hätte; von jetzt an sind sie gelöst. — Sie können gehen, Antonio.

„Und um mir diese Erklärung zu geben, hatten Sie nötig, solche Vorbereitungen zu treffen, mich, ich weiß nicht durch welche Ränke, in diese Mörderhöhle meiner Ehre und männlichen Tugend zu schleppen! Sie wollten mir sagen, daß ich ein Clender sei, daß Sie mich verachten; vergessen Sie nicht, daß diese Ihre Verachtung das einzige Mittel ist, mich vor mir selbst zu rechtfertigen. Ich wäre noch viel clender, als ich es schon durch Sie geworden bin, wenn nicht eben in Ihrem Haffe der einzige Beweis läge, daß ich noch rechtzeitig umgekehrt bin, daß ich noch Hoffnung habe, ein Mensch unter Menschen zu werden; ich weiß nicht, welcher neue Verrath, welches raffinierte Laster hinter diesem Ihrem letzten Schritte verlappt ist. Hoffen Sie nur nicht, mich unvorbereitet zu finden, ich werde im schlimmsten Falle...“

„Was willst Du im schlimmsten Falle thun, Antonio?“ rief die Frau, indem sie ihren Schleier zurückwarf und ihren leidenschaftlich glühenden Blick auf Antonio heftete. „Sieh' mir ins Auge und wage es auszusprechen, was Deine feige Furcht Dich denken ließ. Du suchst Deinen Verrath an mir hinter der Schutzwehr Deiner erträumten männlichen Tugend zu verbergen, das soll Dir nicht gelingen; Du hast mich, nachdem ich Dir meine Ehre, meinen Ruf, die Liebe meines angetrauten Gatten, mein Lebensglück und mein Seelenheil geopfert, verlassen — ich verzeihe es Dir. Du hast meiner Trauer gepöppelt, hast meine Liebe belacht und meinen Schmerz verhöhnt, ich will es Deiner blinden Thorheit zu Gute halten; Du hast mir mit der herzlosesten Grausamkeit eine einzige, die letzte Unterredung verweigert, um die ich Dich flehentlich bat; Du bist mir zum Hohne an der Stelle gewesen, wohin ich Dich beschied, ohne mich und mein Flehen zu beachten — ich verzeihe es Deinem Leichtfinn. Du hast mich gezwungen, mich vor Dir zu erniedrigen, wie eine Magd; Du hast mir nicht geglaubt, daß zwei Menschenleben von der Unterredung, die Du mir verweigertest, abhängen; Du wolltest mich zur zweifachen Mörderin machen — ich will diesen Frevel Deiner halbsinnigen Selbstsucht zuschreiben; Du betrachtest Dein Verhältniß zu

20. Stadtbez. 11. Wahllokal Mittelstraße 65: Aloy 108, Gerold 124, Marggraf 22, Christensen 10.

21. Stadtbez. 12. Wahllokal; Friedrich-Werdersches Gymnasium: Aloy 64, Gerold 149, Marggraf 6, Christensen 6.

22. Stadtbez. 12. Wahllokal: Dorotheenstadt. Realgymnasium: Aloy 133, Gerold 128, Marggraf 7, Christensen 21.

23. Stadtbez. 13. Wahllokal: Dorotheenstr. 31: Aloy 122, Gerold 185, Marggraf 9, Christensen 20.

24. Stadtbez. 13. Wahllokal: Dorotheenstr. 66: Aloy 117, Gerold 137, Marggraf 8, Christensen 22.

25. Stadtbez. 24. Wahllokal; Behrensstr. 52: Aloy 134, Gerold 135, Marggraf 14, Christensen 23.

26. Stadtbez. 14. Wahllokal: Unter den Linden 4a: Aloy 142, Gerold 165, Marggraf 8, Christensen 9. Friedrichstadt.

27. Stadtbez. 15. Wahllokal: Deutscher Dom: Aloy 168, Gerold 104, Marggraf 21, Christensen 23.

28. Stadtbez. 15. Wahllokal: Französischestr. 33a: Aloy 154, Gerold 116, Marggraf 25, Christensen 8.

29. Stadtbez. 16. Wahllokal: Leipzigerstr. 33 (Glashalle): Aloy 272, Gerold 96, Marggraf 19, Christensen 32.

30. Stadtbez. 17. Wahllokal: Krausenstr. 10: Aloy 152, Gerold 81, Marggraf 24, Christensen 26.

31. Stadtbez. 17. Wahllokal: Leipzigerstr. 33 (oberer Saal): Aloy 153, Gerold 129, Marggraf 19, Christensen 29.

32. Stadtbez. 18. Wahllokal: Taubenstr. 54: Aloy 164, Gerold 134, Marggraf 19, Christensen 55.

33. Stadtbez. 18. Wahllokal: Mauerstr. 76: Aloy 200, Gerold 126, Marggraf 22, Christensen 51.

34. Stadtbez. 19. Wahllokal: Französischestr. 10: Aloy 165, Gerold 124, Marggraf 43, Christensen 35.

35. Stadtbez. 19. Wahllokal: Kanonierstr. 14—15: Aloy 182, Gerold 112, Marggraf 16, Christensen 40.

36. Stadtbez. 20. Wahllokal: Leipzigerstr. 14: Aloy 152, Gerold 126, Marggraf 11, Christensen 21.

37. Stadtbez. 20. Wahllokal: Leipzigerstr. 132: Aloy 111, Gerold 145, Marggraf 17, Christensen 5.

Tiergarten.

38. Stadtbez. 283. Wahllokal: In den Felten 1: Aloy 221, Gerold 158, Marggraf 16, Christensen 14.

39. Stadtbez. 284. Wahllokal: Luisenpark: Aloy 142, Gerold 137, Marggraf 23, Christensen 50.

Politische Uebersicht.

200 Millionen neue Steuern. Während die Throntrede selbst und die Vertreter der Reichsregierung bei der ersten Beratung des Etats im Reichstoge die Unmöglichkeit betonten, dem gegenwärtigen Reichstoge eine Vorlage wegen Deduktion des Defizits in der Reichsfinanzverwaltung zu machen, weil derselbe frühere ungewöhnliche Vorlagen abgelehnt hat, werden nach einer Mittheilung der „Vib. Kor.“ in aller Stille Steuerprojekte vorbereitet, welche eine Mehrbelastung von etwa 200 Mill. Mark in Aussicht stellen. Es unterläge danach keinem Zweifel, daß die Reichspartei des Reichstags und zwar im Einverständnis mit der Regierung einen Branntweinsteuerplan ausarbeite, dessen Ertrag auf 120 Millionen Mark veranschlagt wird. Als Antragsteller wird Geh. Ober-Reg.-Rath Gamp genannt. Es würde das die Einführung einer Konsumsteuer von etwa 50 Pf. pro Hektoliter, das Doppelte des vom Zentrum in der letzten Session angebotenen Satzes voraussetzen. Schon damals stand ein „Kompromißvorschlag“ dieses Inhalts zur Erörterung — selbstverständlich hinter den parlamentarischen Kulisen —, der aber fallen gelassen wurde, weil die Regierung Bedenken trug, den Voraussetzungen dieses Vorschlags, d. h. dem Wegfall der den Brennern zugeordneten Begünstigungen zuzustimmen. Ob die Regierung, wie behauptet wird, jetzt bereit ist, die Sonderinteressen der Kartoffelbrennereier preiszugeben, um dem Geldbedürfnis der Reichskasse zur Befriedigung zu verhelfen, bleibt abzuwarten. Wenn die Angelegenheit noch nicht weiter gediehen ist, als es bisher den Anschein hat, so liegt, der zitierten Korrespondenz zufolge, der Grund darin, daß die Regierung mit einer Einnahme von 120 Millionen nicht zufrieden ist. Sie verlangt weiterhin eine Erhöhung der Tabaksteuer beim. Des Tabakzolls, welche eine Mehreinnahme von 60—70 Millionen Mark herbeiführen soll. Und während Finanzminister von Scholz im Reichstoge den Entziffern spielt, wenn Jemand behauptet, daß die Regierung an dem Projekt des Tabakmonopols festhalte, wird unter der Hand gedroht, die Regierung werde das Monopol wieder bringen, wenn der Ertrag des Tabakzolls nicht um den bezeichneten Betrag gesteigert werde.

Zu den Freiburger Verurtheilungen. Wir meldeten kürzlich, daß der Landtagsabgeordnete Karl Ulrich, der zu den in Freiburg zu 9 Monat Gefängnis verurtheilten Sozialdemokraten gehört, die Aufforderung des Chemnitzer Staatsanwalts Schwabe zum Strafantritt abge-

lehnt habe. Dies geschah mit dem Hinweis auf Artikel 84 der heftischen Verfassung und § 6 des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung, auf die gestützt, Ulrich dem Staatsanwalt das Recht bestritt, ihn verhaften zu lassen. Darauf hat nunmehr der Staatsanwalt Schwabe unterm 27. November eine wiederholte Aufforderung zum Strafantritt an den Verurtheilten gerichtet. In derselben heißt es, daß der Artikel 84 der heftischen Verfassung nach früher ergangenen Entscheidungen lediglich Untersuchungshaft, nicht aber Strafantritt im Auge habe, und daß hiernach ein weiterer Anlauf zu einem Strafausschub nicht vorliege. Schließlich wird abermals mit persönlicher Siftirung gedroht, wenn Ulrich sich nicht bis zum 3. Dezember stelle. Dies veranlaßte den Abgeordneten Ulrich zu nachstehender Erklärung: „An die königl. Staatsanwaltschaft in Chemnitz. Ihre neue Zuschrift und Aufforderung zum Strafantritt vom 27. v. M. beantwortend, will ich zunächst feststellen, daß ich keinen Strafausschub gewünscht habe. Ich habe lediglich ein mir zustehendes Recht hervorgehoben und muß dies auch heute noch gegenüber Ihrer erneuten Aufforderung zum Strafantritt thun, da darin abermals „persönliche Siftirung“ angedroht ist. Nach Artikel 84 der heftischen Verfassung sind die Abgeordneten „während der Dauer des Landtages seiner Art von Arrest, als mit Bewilligung der Kammer, zu welcher sie gehören, unterworfen, den Fall der Ergreifung aus früherer That bei strafbaren Handlungen ausgenommen“ u. s. c. Und nach § 6 Absatz 2 sub 1 des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung bleiben die „landesgesetzlichen Bestimmungen“ über die Voraussetzungen, unter welchen gegen Mitglieder einer gesetzgebenden Versammlung während der Dauer einer Sitzungsperiode ein Strafverfahren eingeleitet oder fortgesetzt werden kann, in Kraft. Die heftische Verfassung kennt für den Landtag nur eine Sitzungsperiode während der Dauer desselben; vom Augenblicke seiner Eröffnung bis zur Schließung befindet er sich in einer ununterbrochenen Sitzungsperiode, auch wenn eine Zeit lang keine Plenarsitzungen stattfinden, denn die Ausschüsse des Landtages arbeiten auch während der Vertagung der Plenarsitzungen fort. Unrichtig ist, daß der Art. 84 der heftischen Landesverfassung nach früher ergangenen Entscheidungen lediglich Untersuchungshaft, nicht aber Strafantritt im Auge hat, denn derselbe sagt ganz klar, daß Personen, welche zur Ständeverammlung gehören, „in Art von Arrest, als mit Einwilligung der Kammer“, unterworfen sind. Eine Entscheidung in der Sache steht lediglich der zweiten Kammer der Stände Heffens, deren Mitglied ich bin, zu. In dieser Auffassung der Sachlage befinde ich mich mit einer Anzahl meiner Kollegen, an die ich mich wende, in vollem Einverständnis und auch der Herr Präsident der Kammer, bei dem ich persönlich vorgesprochen, neigt sich meiner Ansicht zu. — Ich erkläre also wiederholt, daß ich auf Erfüllung des Artikels 84 der heft. Verfassung bestehen muß und bemerke noch, daß ich die großherzogliche Regierung ersucht habe, mich in meinen Rechten zu schützen und event. eine Verletzung der Verfassung zu verhindern. Offenbach a. M., 30. November 1886. C. Ulrich, Mitglied der zweiten Kammer der Stände des Großherzogthums Hessen. — Man darf nun wohl gespannt darauf sein, was der erste Staatsanwalt von Chemnitz, Herr Schwabe, jetzt thun wird.

Zur neuerlichen Ausweisung des Herrn Kessler schreibt der letzte „Baugewerkschaffter“: „Ausgewiesen aus der Stadt München und dem ganzen Königreich Bayern wurde unser geschätzter Mitarbeiter Herr Kessler. Obgleich die gegen ihn gefassten Beschlüsse noch nicht rechtskräftig geworden sind, wurde ihm am 24. November ausgegeben, München und das Königreich Bayern innerhalb drei Tagen zu verlassen, da er sonst durch Zwang entfernt werden würde. Herr Kessler ist am Sonnabend, den 27. November, von München abgereist. Herr Kessler war in München nach seiner Richtung hin politisch thätig, sondern lebte ganz zurückgezogen mit seiner Tochter. Die letztere wird sich dem Vernehmen nach wieder nach Berlin zurückgeben, um dort ihre Studien an der königlichen Kunstgewerkschule fortzusetzen. Wenn sie, wie es jetzt nothwendig ist, sich von ihrem Vater einmal trennen muß, so geht sie lieber nach Berlin, dessen Lehranstalt für Kunstgewerbe weit über der Münchener Anstalt steht, obgleich sie die jüngere ist. Die Ausweisung trifft Herrn Kessler besonders deshalb hart (abgesehen von der Trennung von seiner Tochter), weil er glaubte, man würde ihn in München überhaupt unbelästigt lassen, da er einen ganzen Monat daselbst unbelästigt blieb. Er hatte darauf hin seine Wohnungseinrichtung nach München kommen lassen, die nun wieder, theilweise wenigstens, zurückwandern muß mit erheblichen Kosten. In der Kürze der Zeit ist es Herrn Kessler natürlich auch nicht möglich gewesen, als Baumeister sich in München irgend welche Einnahme zu verschaffen, so daß es nicht zu verwundern wäre, wenn er und seine Tochter in Bedrängniß gerathen würden. Man berichtet uns aber, daß Herr Kessler den frischen Humor, den ja seine Bekannten an ihm kennen, nicht verloren hat. Möge er bald irgendwo Ruhe finden!

Die Börsenjobber sind nicht gewillt, die Verwürfe des Finanzministers ruhig einzustehen. Das Aktienkollegium der Berliner Kaufmannschaft beschloß am Montag, die sich interessirenden Handelskammern zu gemeinsamen Schritten aufzu-

zählen. Du hast ein Recht, an meiner Wahrhaftigkeit zu zweifeln, weil ich seit dem ersten Tage unseres Zusammen-

treffens bald an mir, bald an Dir, bald an dem Manne, dem man meine Jugend verläuft, zur Rägnerin wurde. Ich habe Dir damals meine wahren Verhältnisse verschwiegen, weil meine Leidenschaft mich blind und wahnsinnig machte; ich bin in Italien geboren, und könntest Du auch die Liebe des Weibes im Allgemeinen erweisen, meine Liebe, die Gluth, die Fin-

gebung, die bis zur Raserei gesteigerte Leidenschaft eines Weibes aus meinem Volke ist Dir fremd. Ich habe Dich, ich habe meine Freunde, ich habe die Welt betrogen aus Liebe zu Dir; ich bin zur Sünderin geworden aus Liebe und selbst in diesem Augenblicke, wo ich ein dreifaches Ver-

brechen zu begehen gewillt bin, ist es die Liebe, die mich dazu zwingt. Ich kann mir keine Rechenschaft von meiner Schuld geben, ich weiß nur, daß ich von einer höheren Macht getrieben handle, und ich mache diese hohe Macht, die meine Leidenschaft entzündet und mich zu ihrer Sklavin gemacht hat, für mein Thun verantwortlich.“ Mit tief bewegter, zitternder, von zurückgebrängten Thränen halb erstarrter Stimme fuhr sie fort:

„Frage Dich selbst, Antonio, was mich, das stolze Weib, von deren Gunst die halbe Männerwelt Dich beneidet, deren freundlicher Blick Hunderte zu Sklaven macht, was mich veranlassen könnte, in dieser Gestalt zerknirscht, gedemüthigt vor dem Manne zu erscheinen, der mich verachtet; Du fragst mich, was ich von Dir will? Was kann ich jetzt noch von Dir wollen? Die Bande wieder knüpfen, die Du gewaltsam zerrissen? Unmöglich! Dir Vorwürfe machen? Wozu? Mich vor Dir rechtfertigen? Nein, das thäte ich auch dann nicht, wenn ich mich wirklich schuldlos fühlte; ich glaubst Du etwa, daß es mir Freude macht, mich selbst formwährend durch Deinen Anblick zu foltern? Du glaubst, ich spielte eine einstudirte Rolle; Du hast nicht ganz Unrecht, ich hatte mir wohl überdacht wie ich Dich behandeln wollte, wenn ich Dich in diesem Hause, wo ich die glücklichsten und unglücklichsten Stunden verlebte, wiederfände; aber ich habe gleich nach dem ersten Begegnen alles ver-

gessen, was ich Dir sagen, wie ich mich benehmen wollte; ich bin aus der Rolle gefallen. Ich weiß es, Antonio, ich

bin aus der Rolle gefallen. Ich weiß es, Antonio, ich

lehnt habe. Dies geschah mit dem Hinweis auf Artikel 84 der heftischen Verfassung und § 6 des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung, auf die gestützt, Ulrich dem Staatsanwalt das Recht bestritt, ihn verhaften zu lassen. Darauf hat nunmehr der Staatsanwalt Schwabe unterm 27. November eine wiederholte Aufforderung zum Strafantritt an den Verurtheilten gerichtet. In derselben heißt es, daß der Artikel 84 der heftischen Verfassung nach früher ergangenen Entscheidungen lediglich Untersuchungshaft, nicht aber Strafantritt im Auge habe, und daß hiernach ein weiterer Anlauf zu einem Strafausschub nicht vorliege. Schließlich wird abermals mit persönlicher Siftirung gedroht, wenn Ulrich sich nicht bis zum 3. Dezember stelle. Dies veranlaßte den Abgeordneten Ulrich zu nachstehender Erklärung: „An die königl. Staatsanwaltschaft in Chemnitz. Ihre neue Zuschrift und Aufforderung zum Strafantritt vom 27. v. M. beantwortend, will ich zunächst feststellen, daß ich keinen Strafausschub gewünscht habe. Ich habe lediglich ein mir zustehendes Recht hervorgehoben und muß dies auch heute noch gegenüber Ihrer erneuten Aufforderung zum Strafantritt thun, da darin abermals „persönliche Siftirung“ angedroht ist. Nach Artikel 84 der heftischen Verfassung sind die Abgeordneten „während der Dauer des Landtages seiner Art von Arrest, als mit Bewilligung der Kammer, zu welcher sie gehören, unterworfen, den Fall der Ergreifung aus früherer That bei strafbaren Handlungen ausgenommen“ u. s. c. Und nach § 6 Absatz 2 sub 1 des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung bleiben die „landesgesetzlichen Bestimmungen“ über die Voraussetzungen, unter welchen gegen Mitglieder einer gesetzgebenden Versammlung während der Dauer einer Sitzungsperiode ein Strafverfahren eingeleitet oder fortgesetzt werden kann, in Kraft. Die heftische Verfassung kennt für den Landtag nur eine Sitzungsperiode während der Dauer desselben; vom Augenblicke seiner Eröffnung bis zur Schließung befindet er sich in einer ununterbrochenen Sitzungsperiode, auch wenn eine Zeit lang keine Plenarsitzungen stattfinden, denn die Ausschüsse des Landtages arbeiten auch während der Vertagung der Plenarsitzungen fort. Unrichtig ist, daß der Art. 84 der heftischen Landesverfassung nach früher ergangenen Entscheidungen lediglich Untersuchungshaft, nicht aber Strafantritt im Auge hat, denn derselbe sagt ganz klar, daß Personen, welche zur Ständeverammlung gehören, „in Art von Arrest, als mit Einwilligung der Kammer“, unterworfen sind. Eine Entscheidung in der Sache steht lediglich der zweiten Kammer der Stände Heffens, deren Mitglied ich bin, zu. In dieser Auffassung der Sachlage befinde ich mich mit einer Anzahl meiner Kollegen, an die ich mich wende, in vollem Einverständnis und auch der Herr Präsident der Kammer, bei dem ich persönlich vorgesprochen, neigt sich meiner Ansicht zu. — Ich erkläre also wiederholt, daß ich auf Erfüllung des Artikels 84 der heft. Verfassung bestehen muß und bemerke noch, daß ich die großherzogliche Regierung ersucht habe, mich in meinen Rechten zu schützen und event. eine Verletzung der Verfassung zu verhindern. Offenbach a. M., 30. November 1886. C. Ulrich, Mitglied der zweiten Kammer der Stände des Großherzogthums Hessen. — Man darf nun wohl gespannt darauf sein, was der erste Staatsanwalt von Chemnitz, Herr Schwabe, jetzt thun wird.

Zur neuerlichen Ausweisung des Herrn Kessler schreibt der letzte „Baugewerkschaffter“: „Ausgewiesen aus der Stadt München und dem ganzen Königreich Bayern wurde unser geschätzter Mitarbeiter Herr Kessler. Obgleich die gegen ihn gefassten Beschlüsse noch nicht rechtskräftig geworden sind, wurde ihm am 24. November ausgegeben, München und das Königreich Bayern innerhalb drei Tagen zu verlassen, da er sonst durch Zwang entfernt werden würde. Herr Kessler ist am Sonnabend, den 27. November, von München abgereist. Herr Kessler war in München nach seiner Richtung hin politisch thätig, sondern lebte ganz zurückgezogen mit seiner Tochter. Die letztere wird sich dem Vernehmen nach wieder nach Berlin zurückgeben, um dort ihre Studien an der königlichen Kunstgewerkschule fortzusetzen. Wenn sie, wie es jetzt nothwendig ist, sich von ihrem Vater einmal trennen muß, so geht sie lieber nach Berlin, dessen Lehranstalt für Kunstgewerbe weit über der Münchener Anstalt steht, obgleich sie die jüngere ist. Die Ausweisung trifft Herrn Kessler besonders deshalb hart (abgesehen von der Trennung von seiner Tochter), weil er glaubte, man würde ihn in München überhaupt unbelästigt lassen, da er einen ganzen Monat daselbst unbelästigt blieb. Er hatte darauf hin seine Wohnungseinrichtung nach München kommen lassen, die nun wieder, theilweise wenigstens, zurückwandern muß mit erheblichen Kosten. In der Kürze der Zeit ist es Herrn Kessler natürlich auch nicht möglich gewesen, als Baumeister sich in München irgend welche Einnahme zu verschaffen, so daß es nicht zu verwundern wäre, wenn er und seine Tochter in Bedrängniß gerathen würden. Man berichtet uns aber, daß Herr Kessler den frischen Humor, den ja seine Bekannten an ihm kennen, nicht verloren hat. Möge er bald irgendwo Ruhe finden!

Die Börsenjobber sind nicht gewillt, die Verwürfe des Finanzministers ruhig einzustehen. Das Aktienkollegium der Berliner Kaufmannschaft beschloß am Montag, die sich interessirenden Handelskammern zu gemeinsamen Schritten aufzu-

zählen. Du hast ein Recht, an meiner Wahrhaftigkeit zu zweifeln, weil ich seit dem ersten Tage unseres Zusammen-

treffens bald an mir, bald an Dir, bald an dem Manne, dem man meine Jugend verläuft, zur Rägnerin wurde. Ich habe Dir damals meine wahren Verhältnisse verschwiegen, weil meine Leidenschaft mich blind und wahnsinnig machte; ich bin in Italien geboren, und könntest Du auch die Liebe des Weibes im Allgemeinen erweisen, meine Liebe, die Gluth, die Fin-

gebung, die bis zur Raserei gesteigerte Leidenschaft eines Weibes aus meinem Volke ist Dir fremd. Ich habe Dich, ich habe meine Freunde, ich habe die Welt betrogen aus Liebe zu Dir; ich bin zur Sünderin geworden aus Liebe und selbst in diesem Augenblicke, wo ich ein dreifaches Ver-

brechen zu begehen gewillt bin, ist es die Liebe, die mich dazu zwingt. Ich kann mir keine Rechenschaft von meiner Schuld geben, ich weiß nur, daß ich von einer höheren Macht getrieben handle, und ich mache diese hohe Macht, die meine Leidenschaft entzündet und mich zu ihrer Sklavin gemacht hat, für mein Thun verantwortlich.“ Mit tief bewegter, zitternder, von zurückgebrängten Thränen halb erstarrter Stimme fuhr sie fort:

„Frage Dich selbst, Antonio, was mich, das stolze Weib, von deren Gunst die halbe Männerwelt Dich beneidet, deren freundlicher Blick Hunderte zu Sklaven macht, was mich veranlassen könnte, in dieser Gestalt zerknirscht, gedemüthigt vor dem Manne zu erscheinen, der mich verachtet; Du fragst mich, was ich von Dir will? Was kann ich jetzt noch von Dir wollen? Die Bande wieder knüpfen, die Du gewaltsam zerrissen? Unmöglich! Dir Vorwürfe machen? Wozu? Mich vor Dir rechtfertigen? Nein, das thäte ich auch dann nicht, wenn ich mich wirklich schuldlos fühlte; ich glaubst Du etwa, daß es mir Freude macht, mich selbst formwährend durch Deinen Anblick zu foltern? Du glaubst, ich spielte eine einstudirte Rolle; Du hast nicht ganz Unrecht, ich hatte mir wohl überdacht wie ich Dich behandeln wollte, wenn ich Dich in diesem Hause, wo ich die glücklichsten und unglücklichsten Stunden verlebte, wiederfände; aber ich habe gleich nach dem ersten Begegnen alles ver-

gessen, was ich Dir sagen, wie ich mich benehmen wollte; ich bin aus der Rolle gefallen. Ich weiß es, Antonio, ich

bin aus der Rolle gefallen. Ich weiß es, Antonio, ich

bin aus der Rolle gefallen. Ich weiß es, Antonio, ich

fordern. Zunächst soll die Aufforderung an Herrn v. Scholz gerichtet werden, das für die aufgestellte Behauptung erforderliche Beweismaterial beizubringen. Was für ein zartes Gemüthe die Herren doch haben, welche denselben Kreisen angehören, von denen man in der Gründerzeit mit Recht behaupten durfte, sie streiften alle mit dem Kessel das Fuchthaus!

Achaffenburg, 4. Dezember. Nach dem nunmehr vorliegenden amtlichen Ergebnisse der hiesigen Reichstagswahl erhielt der Herr Adam Haus (ultramontan) 8870, Peter Krest (nat.-lib.) 3204 und Karl Grillenberger (Sozialdemokrat) 27 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Der Landrath von Oersfeld befreit in einer Zuschrift an die „Frankf. Ztg.“, daß er um deswillen die Erlaubnis zur Tanzmusik in Liebhardts verweigert habe, weil er glauben mußte, der betreffende Wirth und Wählmann habe den Gegenstand erwählt.

Die **Militärkommission des Reichstags** ist, wie folgt, zusammengesetzt: Graf v. Ballestrem (Zentrum), Vorsitzender; Freiherr v. Nalagahn-Güls (konservativ), dessen Stellvertreter; den freisinnigen Abgeordneten Freih. v. Stauffenberg, Dr. Bamberg, Dr. Hänel, Richter, Niderst; den sozialistischen Abgeordneten Grillenberger und Hasenclewer; den nationalliberalen Abgeordneten v. Benda, Dr. Dobl, Hobrecht, Dr. Marquardsen; den Zentrumsabgeordneten Freiherrn v. Frandenstein, Dr. Orterer, Dr. Vieber, Freiherrn v. Quene, Dr. Kospirt, Trimbom, Dr. Windthorst; den konservativen Abgeordneten Graf v. Behr, Freiherrn v. Wollwarth; den konservativen Abgeordneten v. Frege, v. Heldorf, v. Webell-Ralchow, Graf v. Salbern-Abimb, v. Köller; dem polnischen Abgeordneten v. Roszjelski.

Belgien.

Mit den Viehzöllen wird jetzt von den Merkantilisten Ernst gemacht. Schneller, als man nach den Berichten über die jüngste Versammlung der parlamentarischen Rechte vermuthen konnte, ist die bereits in der vorigen Kammeression eingebrachte Motion Dumont wieder hervorgezogen worden, um jetzt ihrer Durchführung entgegenzugehen. Der Bericht Melot's ist eine mit großem Fleiße ausgeführte und mit allen möglichen Argumenten zu Gunsten der Schutzzölle ausgestattete Arbeit. Indem der Bericht diese empfiehlt, hütet er sich indes, Wunder davon zu prophezeien; er sieht vielmehr den Hauptzweck dieser Maßregel nur in der „moralischen Wirkung“ auf die Landwirthe, in deren Ermuthigung, da sie fortan nicht mehr als Aischenbrüdel behandelt werden würden. Nach Muster der deutschen Agrarier bestritt Herr Melot natürlich, daß der Zoll den Fleischkonsum vertheuern werde. Die unerbittliche Logik, daß ein Schutzzoll doch nur dann überhaupt seine Wirkung ausüben kann, wenn er den Preis höher hält, als er sonst wäre, ist dem Verfasser der belgischen Viehzölle natürlich im höchsten Grade unbehagen. Er sieht voraus, daß sich gegen diesen Punkt der Hauptsturm der Zollgegner konzentriren werde mit dem Hinweis auf die ärmere Bevölkerung der Städte und die Arbeiter der Industriebezirke, denen in Folge der starken Vieheinfuhr aus dem Auslande bisher die Fleischnahrung immer noch zu mäßigem Preise zugänglich geblieben ist. Der Bericht meint mit Bezug hierauf, daß im höchsten Falle, wenn man eine Vertheuerung der Preise doch annehmen wolle, bei einem Fleischkonsum von 20 Kilo pro Kopf und Jahr eine Arbeiterfamilie bei einem Konsum von 70 Kilo p. a. um „höchstens“ 1 Fr. 68 Bts. jährlich höher belastet würde. Wenn man berücksichtigt, daß diese selbst von dem Schutzzöllner Melot als möglich eingetäumte Ziffer natürlich noch zu niedrig sein wird, so ergibt sich, daß die Opposition allerdings nur zu Recht haben wird, wenn sie geltend macht, daß durch solche Zölle die ohnedies schon so tief traurige Lage des belgischen Arbeiters noch weiter verschlimmert werde. Es erübrigt noch, die einzelnen Vorschläge, welche die Kommission ganz gemäß dem Dumont'schen Antrage vorschlägt, in Kürze anzuführen. Für Rälber von über 50 Kilogramm Gewicht hat dieselbe den allgemeinen Satz von 3 Franks auf 6 Fr. erhöht. Für Rinder werden gefordert: 30 Fr. per Stück, für Kühe 12 Fr., für Stiere 12 Fr., für junge Stiere, Kinder und Kübe 6 Fr., für Rälber 3, beziehungsweise 6 Fr. Für Hammel 2,50 Fr., für Schafe 1 Fr. Für Schweine 6 Fr., für Milchschweine unter 10 Kilogramm 1 Fr., für frisches oder gesalzenes Fleisch per 100 Kilogramm 6 Fr., für geräucheretes oder gesalzenes Fleisch (Speck ausgenommen) 8 Fr. Der Antrag soll bereits in nächster Zeit zur Verhandlung gelangen. Noch ist die Kammer von den Debatten über die Abänderung des Gesetzes über die Kriminal-Untersuchung in Anspruch genommen; es liegt aber der Rechten daran, die Viehzölle bald unter Dach und Fach zu bringen, denn sie sollen die Grundlage zu den gleich sehr von ihnen begehrten Getreidezöllen bilden.

Ein bemerkenswerthes Ereigniß, das für die allgemeinen Wahlen von 1887 bedeutungsvoll werden wird, hat sich soeben in Brüssel vollzogen. Am 12. d. M. sind neue Kommunalräthe zu wählen. Die liberalen Doktrinäre wie die Merkantilisten haben Stimmhaltung mit Rücksicht auf die nächstjährigen Wahlen beschlossen. Die Progressisten und Demokraten bestritten das Feld. Unter Leitung ihres Führers Jansen haben sie mit der Arbeiterpartei ein Bündniß ge-

schlossen. Infolge dessen wird zweifellos der sozialistisch-republikanische Arbeiterführer Vandenberg, Mitglied des Generalraths der Arbeiterpartei, zum Kommunalrath gewählt. Zum ersten Male zieht ein Vertreter der Arbeiter in das Rathhaus ein, ein Ereigniß in Belgien. Die Doktrinäre sind ganz verstimmt. Das ministerielle „Brüsseler Journal“ giebt der Enttäuschung der Regierung über diese Wahl Ausdruck, aber hindern kann sie sie nicht.

Großbritannien.

Das Kabinet trat zu einer Sitzung zusammen, in welcher die Lage der Dinge in Irland fast den ausschließlichen Gegenstand der Erörterung bildete. Das Vorgehen der irischen Regierung gegen Dillon wurde gutgeheißen und es kundete sich einstimmig der Entschluß, in Irland die Zwangsgesetze zur vollen Geltung zu bringen. Sollten nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, so ist vor Weihnachten kein weiterer Ministercath in Aussicht genommen. Lord Salisbury und die meisten anderen Mitglieder des Kabinetts haben sich auf ihre Bestellungen begeben. — Die Londoner Zweige der irischen Nationalliga hielten eine Versammlung, in welcher beschlossen wurde, eine Reihe von öffentlichen Versammlungen abzuhalten, um gegen das Vorgehen der irischen Regierung gegen den Abgeordneten Dillon Protest einzulegen. Die erste derartige Kundgebung soll demnächst im Hydepark stattfinden. — Auch in Irland selbst regt es sich überall gegen das gewaltthätige Vorgehen der Regierung. Im Dubliner Stadthause fand eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderaths der irischen Hauptstadt statt, welche von dem Lordmayor Sullivan einberufen worden war, um das jüngste Vorgehen der irischen Regierung in Bezug auf die von der Nationalliga organisierten Volksversammlungen und den Prozeß John Dillon zu besprechen. Die Home-Rule-Mitglieder des Gemeinderaths hatten sich überaus zahlreich eingefunden, die konservativen Gemeinderäthe waren indes sämmtlich abwesend. Nachdem der Lordmayor die Sitzung eröffnet, beantragte Thomas Sexton folgende Resolution: „Dieser Rath fühlt sich dazu berufen, einen nachdrücklichen Protest einzulegen gegen das Verhalten der Regierung in ihrem gegenwärtigen und frevelhaften Angriffe auf das Volk in Sligo am Sonnabend den 27. November und ihr willkürliches und unerhörtes Verbot der in Sligo für Sonntag, den 28. November, einberufenen Volksversammlung, sowie in ihrer Anwendung eines veralteten Gesetzes zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen Herrn Dillon, ohne irgend ein Vergehen gegen das Gesetz namhaft zu machen und ohne die Intervention einer Jury zu gestatten. Dies ist ein herausforderndes Verfahren, welches streng mißbilligt werden muß, da es öffentliche Gefahr und Verwirrung in sich birgt. Der Rath hofft demnach, das britische Volk werde wahrnehmen, in welcher Weise die Regierung ihr von dem Obersekretär für Irland in Bristol am 13. November gemachtes Versprechen hält, daß die Regierung in Irland eine ruhige, stetige, geduldige und verfassungsmäßige Handhabung des ordentlichen Gesetzes üben werde.“ Nach kurzer Debatte wurde die Resolution einstimmig genehmigt und beschlossen, Abschriften davon dem Obersekretär für Irland, Gladstone und John Morley zu übermitteln.

In London sind soeben unter dem Titel „Londoner Arbeiterzeitung“ die ersten Nummern einer von „Kommunistischen Arbeitervereinen“ herausgegebenen neuen sozialistischen Wochenschrift erschienen.

Balkanländer.

Die seltsame Ehrerbietigkeit des Sultans gegenüber dem Zaren giebt dem „Standard“ zu folgenden Betrachtungen Anlaß: „Was Abdul Hamid durch sein unterthäniges Benehmen gegen Rußland eigentlich zu gewinnen hofft, ist einem gewöhnlichen Menschenverstande nicht klar. Von dem Gedanken, daß der Sultan glaubt, daß Rußland der beste Freund der Türkei ist, können wir absehen. Alle Argumente der Minister, welche Herr v. Rehdorn auf seine Seite bringt, können dem Sultan nicht blind machen gegen die Thatsache, daß Rußland, wenn es möglich ist, das osmanische Reich zu zerstören oder wenigstens den Sultan zum Vasallen des Zaren zu machen gedenkt. Aber der schwache Verstand und die demoralisirte Energie türkischer Staatsmänner lassen sie stets läche eine vorübergehende Einzelheit ins Auge fassen, wodurch sie das wahrhaft Wichtige immer übersehen. So liegt dem Sultan unendlich mehr daran, das schwache Band, welches Bulgarien und Ostrumelien an sein Szepter knüpft, zu bewahren, als eine kräftige Schranke gegen moskowitzische Angriffe und Beutelust zu errichten. Wahrheit freundschaftlich gesante Rathgeber, wie Sir William White, finden es daher schwer, mit einem solchen Herrscher zu verkehren. Zum Unglück unterstützt eine andere Macht die Schritte, durch welche die Türkei eingeschüchtert und irregeleitet wird. Die französische Regierung hat in aller Stille gehandelt und mit Berechnung Rußland in die Hände gespielt und dadurch die Arroganz des Zaren und die Zurückhaltung des Sultans vermehrt. Das Herr de Freycinet sich von den schlaunen Intriganten in St. Petersburg zum Werkzeug hat brauchen und dupiren

Autoritäten der Meinung, daß durch den fortgesetzten Niederschlag der Sternschnuppen und Meteore die Masse und das Volumen des Erdkörpers vermehrt werde, daß eine Verlangsamung der Umdrehungsgeschwindigkeit der Erde die Folge davon sein müsse. Wenn man die Zahl der Sternschnuppen, die man innerhalb eines gegebenen Horizonts während der verschiedenen Nächten des Jahres beobachtet, auf Horizonte gleichen Umfangs, deren Zahl so groß ist, daß sie die ganze Erde umfassen, ausdehnt, so folgert der große amerikanische Geometer S. Newcomb, daß jährlich nicht weniger als 146 Milliarden Sternschnuppen auf der Erde niederfallen. In Folge der Umwandlung ihrer Bewegung in Wärme zerfließen sie aber, zerstreuen sich und kommen langsam und in Gestalt eines Niederschlages auf der Oberfläche der Erde an. Flammarion giebt nun eine größere Reihe von Beispielen massenhafter Sternschnuppenfälle an, wie den am 27. November 1872, bei denen die Sternschnuppen erloschen, ehe sie nur unseren Boden erreichten. P. Secchi beobachtete zu Rom von 7 Uhr Abends bis 1 Uhr nach Mitternacht 13 892 Meteore; der ganze Himmel stand in Feuer, es war buchstäblich ein Sternregen. Daß wirklich die Sternschnuppen sich in Staubmasse in Folge der Schmelzung umwandeln, ist durch unterrichtete Reisende konstatiert. So fand Reichenbach auf dem 400 m hohen tafelförmigen Tahisberge, der noch nie bestiegen war, in der gesammelten Erde nach angestellter Analyse die charakteristischen Metalle Nickel und Kobalt. Diese Ergebnisse waren um so auffälliger, als in diesem Theile Oesterreichs die Grundmasse der Gebirge aus Sandstein und Kalk besteht. Ebenso hat Lisander in dem atmosphärischen Staub, welcher aus den Schneeflächen des Mont Blanc gesammelt war, mikroskopische Kügelchen geschmolzenen Eisens gefunden, die nur von geschmolzenen Sternschnuppen herrihren konnten. Flammarion nimmt an, daß das Volumen eines Meteoriten sich im Mittel auf einen Kubikmillimeter reduziert, die Jahreszahl sich auf 146 ebn stellt und ein Gewicht von 10 220 000 qm ausmacht. Denken wir uns diesen Staub auf eine Erdoberfläche von 510 qkm gleichmäßig verbreitet, so sehen wir, daß unser Erdball in 34 900 Jahren etwa um eine Schicht von 0,01 m Dike zunehmen, sein Durchmesser um 0,02 m wachsen wird.“ Unzweifelhaft ist diese Zunahme außerordentlich klein, gewiß beeinflusst sie aber die ganze Natur und vielleicht auch die Umdrehungsgeschwindigkeit der Erde.

Der russische Maler Wereschtschagin hat sich seinen Welttraum nicht zum wenigsten durch die realistischen „Erinnerungen“ erworben, die er 1877 von den Schlachtfeldern im

lassen, darüber hegen wir keinen Zweifel. Sollte Rußland in einen Krieg gerathen, so wäre Frankreich ein sehr werthvoller Verbündeter. Falls aber Frankreich in einen Krieg verwickelt werden sollte, würde da Rußland als Verbündeter an seiner Seite stehen? Aller diplomatische Scharfblick muß den französischen Staatsmännern abhanden gekommen sein, wenn sie sich wirklich einbilden, daß es ihnen je gelingen wird, mit Rußland eine auf Gegenseitigkeit beruhende Waffenbrüderschaft abzuschließen.“

Die in Belgrad angelangte bulgarische Deputation staltete nach einer offiziellen Meldung von vorgehen dem Ministerpräsidenten Garafanin einen Besuch ab. Ueber das Verhalten der Mächte berichtet das nachstehende Privattelegramm der „Bosf. Ztg.“: Wien, 6. Dezember. Die türkischen Vertreter bei den Großmächten erhielten Instruktionen dahin, die bulgarische Deputation zu ignorieren. — Rußland hat den Antrag Oesterreichs, dessen Standpunkt auch England einnimmt, betreffend die Regelung der Union zwischen Bulgarien und Ostrumelien, definitiv abgelehnt. — Nach einer Meldung der „Bosf. Korresp.“ aus Sofia ließ das russische Kabinet seit der Anfrage betreffs des Fürsten von Ringelien den Mächten keine weiteren Mittheilungen zukommen; eben so wenig ergriff eines der anderen Kabinete die Initiative in dieser Angelegenheit. — In der diplomatischen Welt gewinnt die Annahme von einer längeren Dauer des Provisoriums in Bulgarien immer mehr Boden.

Afrika.

In Ober-Egypten haben die Engländer einen Vorstoß gegen die Araber gemacht. Oberst Chermisde telegraphirt, daß die von den ägyptischen Truppen gemachten Gefangenen erzählen, der Feind hätte Anstalten getroffen, um in Dufara einzufallen. Der Rückzug der Demosche vor dem Negosnegierungskorps des Generals de Montmorency war ein sehr eiliger. Die Eingeborenen in Sarras machten eine Demonstration, aber bei der Ankunft der ägyptischen Truppen beschäftigten sie sich mit der Veriefelung ihrer Felder. Oberst Chermisde steht jetzt zwischen Sarras und Bady Haffa.

Amerika.

Der Kongreß der Vereinigten Staaten in Washington ist mit einer Botschaft des Präsidenten eröffnet worden, in welcher es heißt: „Mit dem Auslande hätten sich in diesem Jahre keinerlei Fragen erhoben, welche außerhalb des Bereichs freundschaftlicher Regelung gelegen wären. Die Einweihung der Statue der Freiheit habe der Sympathie zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich einen neuen Impuls gegeben. Das Verfahren der kanadischen Behörden in der Fischereifrage habe die freundschaftlichen Beziehungen mit Kanada zwar schwer gefährdet, jedoch sei zu hoffen, daß die schwebenden Unterhandlungen noch vor dem Ende der Session zu einer befriedigenden Lösung führen. Die Botschaft erwähnt die Rückberufung des amerikanischen Konsuls Greenbaum aus Samoa, dessen Schritte zur Herbeiführung eines Protektorats der Union über Samoa die Regierung verurtheilt habe; nachdem in der Vertretung der drei interessirten Mächte ein Wechsel eingetreten sei, könne man die Eintracht und Verständigung unter diesen Mächten, nicht minder den Frieden und die Wohlfahrt, sowie die autonome Verwaltung und die Neutralität Samoas als gesichert betrachten. Die Botschaft spricht sich ferner für die Vereinbarung zum Schutze des literarischen Eigentums aus. Die Regierung der Vereinigten Staaten habe die Berner Konvention nicht unterzeichnet, weil die Angelegenheit vor den Kongreß gehöre. Es wird empfohlen, dem Präsidenten zu ermächtigen, die behufs Auslieferung in Haft befindlichen Personen freizulassen, wenn deren Auslieferung dem Präsidenten unangenehm erscheine. Ferner wird die Aufhebung des Jolles auf fremde Kunstwerke beantragt. Das Staatseinkommen übersteige mehr als jemals die öffentlichen Bedürfnisse (glückliches Amerika); die ganze jetzt zahlbare Schuld werde in Jahresfrist bezahlt sein, wenn die gegenwärtigen Verhältnisse fortdaueren. Im Falle das gegenwärtige System der Staatseinkünfte beibehalten werde, dürften die Einnahmen weit größer sein als nothwendig, um die Ausgaben zu decken. Eine Aenderung der bestehenden Politik, wonach die Haupteinkünfte durch Einfuhrzölle aufgebracht würden, sei jedoch nicht wünschenswerth. Der Präsident ist vielmehr für eine Steuerreform, welche unter Schonung der Industrien, die von den gegenwärtigen Bedingungen abhängig sind, gleichzeitig die Interessen der amerikanischen Arbeit besonders berücksichtigt. Präsident Cleveland steht keinen Grund, seine früheren Ansichten gegen obligatorische Silberprägung zu ändern und empfiehlt deren Einstellung. Von den 247 Millionen Dollars, welche bis zum 1. Dezember geprägt worden, seien 80 Millionen noch in dem Schatzamt, trotz aller Anstrengungen, dieselben in Umlauf zu setzen. Der Präsident weist hierbei auf die Zunahme in der Goldausfuhr aus den Vereinigten Staaten hin. Nach dem letztjährigen Bericht des Schatzsekretärs betragen die Einnahmen des mit dem Monat Juni abgeschlossenen Jahres 336 440 000 Dollars, die Ausgaben 242 480 000 Dollars, die Einnahmen

Mlewna in seiner Skizzenmappe mitgebracht. In diesen Bildern, sagt ein bekannter Kritiker, führt der geniale Maler keine einzige wirkliche Schlacht, keinen einzigen Kampf vor. Er sah sich als Künstler nicht hingezogen durch glänzende Schlachten-zenen oder ergreifende Kämpfe; seinen Pinsel führte nicht der Gedanke, einen Kriegshelden oder ein Kriegsheer zu verherrlichen, nein, die Rehrseite von der Medaille heraussehenden Kriegsrühms, die Nachseiten des Krieges, die furchtbaren Strapazen, die endlosen Entbehrungen, den Schmerz des Soldaten — Menschen führt W. uns vor, und er will auch, daß die ganze Welt sie sehe, daß sie erkenne, zu welchem Grade von Bestialität der Mensch zu gelangen im Stande sei. Er sieht auch den Krieg mit dem Auge des Philosophen, des Philantropen und spricht: „Es giebt Menschen, die da behaupten, ich sei kein Patriot, weil ich diese Schlachten so gemalt habe, wie sie wirklich waren. Ich habe nie eine Schlacht wahrheitsgetreu gemalt gesehen. Als ich an meine Aufgabe herantrat, war ich fest entschlossen, Alles so darzustellen, wie es sich in Wirklichkeit zeigt. Ich habe, was ich erschaut, so ehrlich wiedergezählt, wie es mir nur möglich war. Krieg besteht nur zu 10 Prozent aus Siegen, 90 Prozent sind furchtbare Verstümmelungen, Frost, Hunger, Grausamkeit, Verzweiflung und die schrecklichsten Todesfälle.“ — Gewiß, in einer Zeit, wo überall die intensiven Verluste gemacht werden, den Gegner in der Tödtlichkeit der Wodmasse zu überreffen, ist das Erscheinen eines Künstlers, der durch seine rücksichtslose Darstellung der furchtbaren Seiten des Krieges sich bestrebt, nicht nur Schrecken und Abscheu, sondern auch Mitleid zu erwecken, äußerst zeitgemäß. W. folgt dem Soldaten ins Lager, in die schneevertretenen Schanzgräben, auf den einsamen, verregenen Schneeposten; er schreitet mit ihm bis zur Schlahtentzweide, beleuchtet den verwundeten auf den Verbandplatz, in die dunken Lächer der türkischen Lazarethe, er führt den Beschauer auf das weit und breit mit Leichen überdeckte Schlachtfeld, wo entweder der Pope seinen letzten Segen spricht oder der wilde Bachi-Bogul noch seinen mühen Spah treibt. Dann folgt er wieder der langen Reihe der mit Gefangenen überfüllten Wagen, bis er endlich, das Haupt trauergefüllt zur Brust geneigt, auf den schwerverwundenen Gräbern Halt macht. Er ergreift, ja packt durch den schroffen Realismus, mit dem er seine Szenen malt. Auf die Frage, warum er gerade nur und ausschließlich solche Vorwürfe wählt, antwortete er gelassen: „Ich habe es gesehen, es ist so! Andere malen schöne Schlachten, ich habe nur den häßlichen Krieg gesehen und gemalt.“ — Wer je ein Schlachtfeld gesehen, muß ihm Recht geben.

bin klug, klüger als Du glaubst, aber mein Gedanke erliegt dem übermächtigen Gefühle, das mich beherrscht, ich bin Dir gegenüber in diesem Augenblicke noch, was ich in jenem Momente war, als mich der erste Strahl aus Deinem Auge traf, ich bin ein schwaches, schwaches Weib! — Ich liebe Dich, Antonio, ich löse mich auf, ich vergeße mich in meiner Liebe, ich kann nicht ohne Dich leben, ich kann auch nicht ohne Dich sterben, Antonio! Ich habe Dich hierher gebracht, um Dich zu tödten. Wir müssen sterben, ich und Du und mein — Dein Kind!“

„Dein Kind, Weile?“ schrie Antonio, am ganzen Körper bebend, indem er die wankende Frau in seine Arme aufhief.

„Meine Kind! Antonio, Geliebter!“ lispelte sie und sank, von Antonio gehalten, zu dessen Füßen ohnmächtig zusammen.

Als Antonio den Mantel öffnete und ihn vom Körper der ohnmächtigen Frau löste, sah er einen blauen Dolch in ihrer Rechten, dessen Griff sie trampfhaft festhielt. Langsam entwand er ihr die scharfe Waffe und warf einen langen, forschenden Blick in das bleiche, noch immer schöne Antlitz.

Noch am späten Abende desselben Tages finden wir Antonio und seinen Freund Rudolph in der Wohnung des erstenen beisammen. Rudolph war soeben eingetreten und stand mit dem Ausdruck der tiefsten Wehmuth vor seinem Freunde, der an seinem Pulse sitzend, den Kopf auf die Hand gestützt, in finstere Brüten versunken schien.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Im Stadt-Theater findet am Donnerstag, den 9. Dezbr., die erste Aufführung von „Die Kunstmeiere“, Gesangsposse in 4 Akten von Hermann Freidern von Nalagan, statt. Die Revüist wird dadurch schon ein höheres Interesse gewinnen, daß der Autor sich zugleich als Komponist einführt.

Ueber das Waschen des Volumens und der Masse der Erde durch den fortwährenden Fall von Sternschnuppen und Meteoriten schreibt man: Es sind naturwissenschaftliche

betragen 12750 000 Dollars mehr, die Ausgaben 17740 000 Dollars weniger als im Vorjahre. Nach den gegenwärtigen Anzeichen werden die Einnahmen des laufenden Fiskaljahres die Ausgaben um 90 Mill. Dollars übersteigen.

In New-York streifen die Teppichweberinnen der Firma Merkins u. Co., weil in jener Fabrik die schändliche Gefährdung bestand, daß die Mädchen von dem Werkführer gezwungen wurden, sich zu prostituieren, widrigenfalls ihre Entlassung erfolgte. Der Verein der Zimmerleute von Brooklyn hat zu Gunsten der für ihre Ehre streifenden Mädchen eine Resolution angenommen und einen Geldbeitrag bewilligt.

Kommunales.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 9. Dezember, Nachmittags 6 Uhr: Einige Pensionierungs- und Anstellungssachen — Wahl von zwei Mitgliedern für das Kuratorium der Reichsheimischen Stiftung — Berichterstattung über die Vorlage, betreffend die Bewilligung eines Beitrages zum Kirchenbau für eine von der Thomaspfarrkirche abzweigende neue Kirchengemeinde — desgl. über die Vorlage, betr. den Ankauf des Grundstücks Müllerstr. 151 — Vorlage, betr. die stattgefundene außerordentliche Revision sämtlicher städtischer Kassen — desgl., betr. die Vergrößerung der Geschäftsräume für die Steuerannahmestelle 4 im Hause Gneisenaustr. 4 — desgl., betreffend die erfolgte Bauabnahme der 11. Schweinehalle auf dem Zentralviehbofe — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betr. die Müllabfuhr — desgl., betr. die Erwerbung des fiskalischen Terrains hinter den Grundstücken Neue Friedrichstraße 32/33 zur Freilegung der Stadtbahn-Parallelstraße — desgl., betr. die Anstellung eines Generaldirektors für die Verwaltung der Rieselgüter — desgl., betr. die Erwerbung einer von dem Grundstücke Chausseest. 4 zur Straßenerweiterung erforderlichen Parzelle — zwei Rechnungen — Berichterstattung über zwei Naturalisationsgesuche — desgl. des zur Vorbereitung der Wahl eines Stadtkammeres eingesetzten Ausschusses — Vorlage, betr. die Verlängerung eines Engagementsvertrages.

An Petitionen sind bei den städtischen Behörden u. A. folgende eingegangen: Verlegung der Genehmigung zur Abänderung der Bauvorschriften für das Grundstück Königsgräberstraße 12. — Verlängerung der Kanonierstraße von der Behrenstraße nach der Straße Unter den Linden behufs Entlastung der Friedrichstraße. — Festlegung neuer Bauvorschriften für die Friedrichstraße zwischen Georgen- und Behrenstraße. — Regulierung des Lügen-Platzes. — Regulierung der Mannsteinstreife. — Schleunige Inangriffnahme und Vollendung des Baues der Markthalle auf dem Magdeburger Platz. — Offerte eines zwischen Gr. Frankfurter-, Fürstenwalder- und Verlängerte Andreasstraße belegenen Terrains zur Erbauung einer Markthalle.

Nach Mittheilung des Statistischen Amtes der Stadt Berlin sind bei den hiesigen Standesämtern in der Woche vom 21. Novbr. bis inkl. 27. November cr. zur Anmeldung gekommen: 257 Geburten, 841 Lebendgeborene, 24 Todtgeborene, 572 Sterbefälle.

Die Müllabfuhr betreffend, ist der Stadtverordneten-Versammlung folgender von 44 Stadtverordneten unterzeichnete Antrag zugegangen: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, mit der Versammlung in gemischter Deputation darüber zu berathen: ob, eventuell in welchem Umfange und unter welchen Bedingungen die Abfuhr des Mülls und sonstigen Abfalls aus den Häusern durch die städtische Verwaltung übernommen werden kann.“ Zur Begründung dieses Antrages wird folgendes angeführt: „Die gegenwärtig bestehende, den einzelnen Hausbesitzern überlassene Art der Müllabfuhr ist mit erheblichen Unzulänglichkeiten verbunden, entspricht vielfach nicht den Anforderungen der öffent-

lichen Gesundheitspflege und stößt bei der wachsenden Ausdehnung der Stadt von Jahr zu Jahr zu größerer Schwierigkeit. Wenn die Müllabfuhr unter Verbesserung und einheitlicher Regelung des Betriebes durch Organe der städtischen Verwaltung besorgt oder doch kontrollirt werden könnte, würde einem dringenden Bedürfnis abgeholfen werden.“

Im Arbeitshause befanden sich am 1. November d. J. 74 Familien mit 295 Personen. Am 1. Dezember war der Bestand 45 Familien mit 167 Personen.

Das Asyl für nächtliche Obdachlose benutzten im Laufe des Monats November 9861 Personen und zwar 9092 Männer und 769 Frauen. Von diesen Personen wurden 8 der Charite, 43 dem Krankenhaus Moabit, 2 dem Krankenhaus am Friedrichshain überwiesen und 456 der Polizei vorgeführt.

Gerichts-Zeitung.

Wegen fahrlässiger Körperverletzung hatte sich gestern vor der Strafkammer Landgerichts II der in der Zementfabrik „Adler“ bei Köpenick beschäftigte gewesene Arbeiter Karl Viebsch zu verantworten. In dem genannten Etablissement ereignete sich im Juli d. J. und zwar innerhalb eines Zeitraums von 8 Tagen hintereinander zwei bedauerliche Unfälle. Eines Tages war daselbst ein Arbeiter Namens Schneider durch eine vorhandene Doffnung, welche jeglicher Sicherungs-Vorrichtung entbehrte, einen Fahrstuhlschacht aus bedeutender Höhe hinuntergestürzt und man hatte ihn schwer verletzt vom Orte seiner Thätigkeit hinweggetragen. Nachdem in Folge dessen der Verletzte gegen seine Arbeitgeber einen Schadenersatz wegen des beim Betriebe erlittenen unverschuldeten Unfalls im Prozeßwege geltend gemacht und wegen dieses Vorkommnisses die Voruntersuchung strafrechtlich eingeleitet worden war, hielten die Unternehmer es endlich für erforderlich Sicherungsmaßregeln zu treffen und an der kritischen Stelle des Fahrstuhlschachts wurde demnach eine eiserne bewegliche Barriere vorgelegt. Aber auch diese Sicherheits-Vorrichtung verfehlte gänzlich ihren Zweck; denn genau 8 Tage später stürzte ein anderer Arbeiter, Namens Domisch, welcher mit dem Herauschaffen von zum Bau einer neu anzulegenden Trodenlamme bestimmten Steinen am Fahrstuhl ausnahmsweise beschäftigt war, den Fahrstuhlschacht, weil die qu. Barrierränge nicht vorgelegt worden, aus einer Höhe von 40 Fuß hinunter in die Tiefe. Im Blute schwimmend und mit zerstückelten Gliedern, jedoch noch lebend wurde Domisch aufgehoben; vier Rippen und der linke Arm waren dem Bedauernswerthen zerbrochen, abgesehen von anderen weniger erheblichen Verletzungen. Der Direktor der Zementfabrik bezeichnete als verantwortlichen Urheber dieses zweiten Unfalls den oben bezeichneten Angestellten Viebsch, weil derselbe es unterlassen, den Fahrstuhlschacht durch Vorlegen der Barrierränge zu sichern, wie solches seine Funktion als Vorarbeiter dem erhaltenen Auftrage gemäß erforderte. Vor Gericht wendete Viebsch dagegen ein, daß jene Barriere keine genügende Sicherung gegen Unfälle gewährt habe, dafür zeuge der Umstand, daß hinterher, kurz nachdem Domisch hinuntergestürzt, seitens der Direktion erst eine hinlängliche Einrichtung, bestehend aus einer mit mechanischer Vorrichtung versehenen Drahtgitterthür, welche selbstständig nach der jeweiligen Bewegung des Fahrstuhls sich öffnet und schließt, an der kritischen Stelle angebracht worden sei; außerdem habe er dem Domisch ausdrücklich verboten, beim Herauschaffen der Steine nach oben den Fahrstuhl zu benutzen. Im jämmerlichen Zustande erschien der als Belastungszeuge geladene u. Domisch vor Gericht; derselbe befindet sich gegenwärtig noch in der königl. Klinik in Behandlung und wird wahrscheinlich, da die zerstückelten Knochen des Arms, trotz nachträglich infolge ärztlicher Anordnung erfolgten Ausschneidens, sich nicht heilen lassen wollen, eine Amputation des

Armes sich gefallen lassen müssen. In seiner Aussage widerlegt Domisch die Behauptung des Angeklagten, bezüglich des von dem letzteren angeblich an ihn gerichteten Verbots der Benutzung des Fahrstuhls. Seine Aussage sowie diejenige des Direktors der Zementfabrik ließen den Angeklagten als alleinigen Urheber jenes Unfalls, welchem Domisch zum Opfer fiel, erscheinen; der Staatsanwalt erachtete in seinen Ausführungen die Schuld des Angeklagten um so größer, weil erst 8 Tage vorher ein gleicher Unfall in der Zementfabrik stattgefunden und demgemäß lautete der Strafantrag auf 3 Monat Gefängnis. Der Gerichtshof zog jedoch die tatsächlichen Verhältnisse zu Gunsten des Angeklagten in Betracht und das Urtheil lautete demgemäß auf nur 1 Woche Gefängnis.

Kleine Mittheilungen.

Girschberg i. Schl., 6. Dez. In den Sudeten herrschen seit gestern früh starke Schneestürme; der Eisenbahnverkehr ist vielfach gestört, die Personenzüge kommen mit mehrstündigen Verspätungen an, der Frachtverkehr ist eingestellt. Zwischen Greiffenberg und Rabischau ist ein Güterzug stecken geblieben, der Verkehr zwischen Glatz und Dittersdorf ist eingestellt. Der Schnee liegt stellenweise 2 Meter hoch.

Darmstadt, 3. Dezbr. In dem benachbarten Odenwald-dorfe Lengfeld hat sich gestern eine schreckliche Liebestragödie abgespielt. Der dort angeestellte, kaum 20 Jahre alte Subvikar Schröder hatte mit der Tochter eines Gutbesizers Namens Walthar ein Liebesverhältnis angeknüpft, welches jedoch von den Eltern des Mädchens nicht gebilligt wurde. Als der junge Mann von letzteren einen Brief erhielt, welcher ihm jede Hoffnung auf eine spätere Vereingung mit seiner Geliebten benahm, sogte er den Entschluß, dieselbe zu tödten, und führte diesen schrecklichen Plan gestern Abend aus, als das Mädchen, mit ihrer Mutter aus Darmstadt zurückkehrend, das Eisenbahnloquet auf der Station Lengfeld verließ. Von einer Revolverkugel ins Herz getroffen, sank das Mädchen todt zusammen, worauf sich der Mörder selbst in den Hals schoß, ohne sich jedoch lebensgefährlich zu verletzen.

Berlin, 4. Dezember. Heute früh 4 Uhr brach in dem großen Spielwarengeschäft von Alfred Throuet (Crapanzusstraße) Feuer aus. Der Besitzer war mit Frau, zwei Söhnen und den Geschäftsgehilfen über Nacht bis 3 Uhr thätig gewesen, die durch die Nikolausverkäufe gestern geräumten Fächer wieder neu zu füllen. Raun waren sie schlafen gegangen, als das Untergeschoss plötzlich in Brand gerieth und binnen ganz kurzer Zeit auch die oberen Stockwerke in Flammen standen. Herr und Frau Throuet, die man aus einem Fenster des zweiten Stockes nach Hilfe rufen hörte, sind leider umgekommen; die Söhne, 26 und 20 Jahre alt, sprangen auf die Straße und verletzten sich schwer, auch die Gehilfen haben ihr Leben retten können, aber schwere Verletzungen erlitten. Die Magd rettete sich über das Dach des Nachbarhauses.

London, 5. Dezember. Eine Explosion schlagernder Wetter ereignete sich in der Kohlenzeche Clemore, Ducham, während 38 Bergleute in der Tiefe arbeiteten. Von diesen wurden drei als Leichen und 15 in schwerem Verletzte Zustande an die Oberfläche geschafft. Die übrigen zwanzig befinden sich noch in der Tiefe und man weiß bis zur Stunde noch nicht, ob sie todt oder lebendig sind. Das Rettungswerk wurde nämlich durch den plötzlichen Einsturz des Schachts und das Erlöschen des elektrischen Lichts, mit welchem das Bergwerk erleuchtet war, unterbrochen. — Die Blindenanstalt in Glasgow brannte am Freitag nieder. Die Insassen, mehrere hundert an Zahl, wurden alle gerettet. Der angerichtete Schaden beträgt etwa 10 000 Pfund.

Theater.

Mittwoch, den 8. Dezember.
Oberhaus. Fra Diavolo.
Schauspielhaus. Ein Wintermärchen.
Deutsches Theater. Der Königsleutnant.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Viceadmiral.
Wallner-Theater. Die Sternschnuppe.
Bittoria-Theater. Amor.
Ostend-Theater. Das neue Gebot.
Residenz-Theater. Georgette.
Kentral-Theater. Der Waldteufel.
Belles Alliance-Theater. Die schöne Helena.
Walhalla-Theater. Geschlossen.
Königsstädtisches Theater. Von Schrot und Korn.
Kaufmann's Varietes. Spezialitäten • Vorstellung.
Amerikan-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen • Theater. Spezialitäten • Vorstellung.
Concordia • Theater. Spezialitäten • Vorstellung.

Stadt-Theater.

(Früher Alhambra-Theater.) Wallnertheaterstr. 15.
Mittwoch:
Extra-Vorstellung.
Einmalige Aufführung:
Ein alter Husar,
oder:
Tren dem König.
Vaterland. Schauspiel in 3 Akten von Ulrich Aul.
Dirigent: Herr Kapellmeister Theodor Franke.
Vor der Vorstellung:
Großes Concert,
ausgeführt von der Hauskapelle unter Leitung
des Kapellmeisters Hrn. Theodor Franke.
Anfang des Concerts:
Wochentags 7 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Anfang der Vorstellung:
Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.
Das Theater ist mit elektrischer Beleuchtung
versehen.

Gegen Theilzahlung:

Valots, Herren-
und Damen-Anzüge,
sowie Damenkleider.
Winter-Mäntel u.
im Tuch-Geschäft [1169
Prinzenstr. 53,
gegenüber der Turnhalle.

Soeben erschien

Heft 3 der Internationalen Bibliothek.

Die Darwin'sche Theorie. (Affe und Mensch.)
Preis pro Heft 50 Pf.

Zu beziehen durch die
Expedition des „Berl. Volksblatt“, Zimmerstraße 44.
Wiederverkäufern Rabatt.

Fachverein der Steindruckere und Lithographen.
Am Sonntag, den 5. cr., verstarb das Mitglied Herr Otto Schulz in Folge eines Unfalls. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 8., Nachm. 2 1/2 Uhr, vom Augusta-Hospital, Schornhorststraße, aus nach dem Paulskirchhof in der Seefstraße statt. Um recht zahlreiche Betheiligung bittet
1234] Der Vorstand.

Eden-Theater.
(Früher Louisenst. Theater.) Dresdenerstr. 72/73.
Zum ersten Male in Berlin:
Antillen-Neger-Karawane.
Anthropologische Selbsterwürdigkeit.
Brothers Forest, Musikal.-Clown.
Nelson und Manthorn, Eccentric-Clown.
Mr. Hizaras, Kraftproduktionen an den ind. Ringen.
Kriegs Balletgesellschaft, 12 Damen, 2 Herren.
Paula u. Ludwig Cellheim, Eugen Jocher.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittwoch und Sonnabend, Nachm. 4 Uhr:
Extra-Ausstellung
der
Antillen-Neger-Karawane
für Kinder und Erwachsene.
Stempel Medaillons, [944
Stempel-Federhalter,
Stempel für Vereine und Gewerbe,
Schablonen und Schilder.
H. Guttman, Graveur,
Brunnenstrasse 9, Rosenth. Thor.
Nähmaschinen sämtlicher Systeme,
Ringstichmaschinen u. verl.
E. Franke, Saarbrückerstraße 6.
Reparaturen schnell und billig. [760
Nehmen Herren und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Mechanischen Fabrik bei meiner Abreise ein herzliches Lebewohl.
M. Prijs.

Theilzahlung gestattet!
Winterpaleots, Herren-Anzüge.
27 Auguststraße 27 im Laden.

Soeben ist erschienen:
Der Neue Welt-Kalender
für 1887.

Aus dem reichen Inhalt heben wir hervor: Reichthumhaltis-Stat des Deutschen Reichs. — Zerbrochene Ketten. — Erzählung von Rob. Schmeichel. — Wärlige Frauen und Haarmenschen. — Ein Proletariatskind. — Erzählung v. E. Langer. — Der Kampf zwischen Feuer u. Wasser in der Welt. — Von P. Otto Köhler. — Wie man eine Million verdient. — Fliegende Blätter (humoristisch).

Als Gratis-Beilagen:
1. Lucie. 3. Ritterlied.
2. Blanche. 4. Die beiden Aiten.
Ein Wandkalender.
Preis 50 Pf.

Zu beziehen durch die Expedition dies. Blattes
Zimmerstraße 44. Wiederverkäufern Rabatt.

Passage 1 Tr. 9 M. — 10 Pf.
Kaiser-Panorama.
Reise am schönen Rhein.
Wanderung d. d. Riesengebirge.
Hertha-Reise. — Carolinen-Inseln.
Weihnachts-Ausstellung. Das Leben Jesu.
Eine Reise 20 Pfennig. Kinder nur 10 Pf.

Teppiche,

würdige Muster, zu Spottpreisen, in der
Teppichfabrik - Niederlage, Hof I.
1138] Morikstraße 18.

Zu haben in der Expedition d. Bl.
Zimmerstraße 44.

Soeben erschien im Verlage von Wörlitz
& Co. der

Deutsche Handwerker- und Arbeiter-Notiz-Kalender

für 1887
(IX. Jahrgang).

Dieser Notizkalender, seit Jahren in den deutschen Arbeiter- und Handwerkerkreisen rühmlichst bekannt, ist nicht bloß Kalender, sondern zugleich Notizbuch und Gesellschafsammlung.

Auch in diesem Jahre ist sowohl auf den Inhalt als die Ausstattung besondere Sorgfalt verwendet und ist namentlich bezüglich des Einbandes Vorzügliches geleistet und bestes Material dazu verwendet.

Neben der gewöhnlichen Ausgabe ist auch wieder eine stärkere veranstaltet, welche mehr Schreibpapier enthält und kräftigen Leinwandeinband mit Deckel nach Briefschalenart und Gummiband hat. Auch bei der gewöhnlichen Sorte sind diesmal die Ecken abgerundet.

Inhalt des Kalenders:
Kalendarium mit neu revidirtem Gesellschaftskalender; postalische Bestimmungen; Telegrammtarif; das ganze Unfallversicherungs-gesetz mit Anhang vom 28. Mai 1886; Gesetz über die eingeschriebenen Waisenkassen mit der Novelle vom 1. Juni 1884; das Reichstags-Wahlgesetz mit Reglement; Auszug aus dem Reichs-Patentgesetz; Gewinnschneidetabelle für Metallarbeiter; Schreibpapier mit Datumsangabe für Tagesnotizen, leeres Schreibpapier, Briefschälchen. Der ganze Kalender ist vierzehn Bogen stark.

Preis der einfachen Ausgabe 50 Pf.
" " stärkeren " 70 Pf.

Wiederverkäufer erhalten lohnenden Rabatt.

Aus Oesterreich.

Der Gesetzentwurf über die Arbeiterkammern, den der deutsch-österreichische Klub im Reichsrath eingebracht hat und den der deutsche Klub unterstützt, hat aus den Kreisen der dadurch Betroffenen, aus der Arbeiterbevölkerung, mehrfache Kundgebungen hervorgerufen, welche in einer ziemlich scharf ablesenden Tendenz auslaufen. Vor Allem giebt sich darin das unbewingliche Mißtrauen kund, das die Arbeiter gegenüber allen Handlungen jener Partei beibringt, die in den 70er Jahren, gestützt auf eine Regierung, welche aus ihren Reihen genommen war, nicht nur die vollkommenste Gleichgiltigkeit gegen alle Forderungen der Arbeiter an den Tag legte, sondern auch mit Ruhe zusah, wie die staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Rechte der Arbeiter von den politischen Behörden mit Füßen getreten wurden. In keiner Phase der zahlreichen Regierungssysteme, die seit 1867, dem Geburtsjahre der gegenwärtigen Verfassung, verfloßen sind, begehrte man den Bestrebungen der Arbeiter seitens der Regierungsbehörde mit solcher Unwissenheit, solchem Hochmuth und solcher rücksichtslosen Feindseligkeit, als unter dem Ministerium Auerberg-Laffer, welches sich selbst als ein Parteiministerium der Liberalen bezeichnete. Der jetzt bestehende deutsch-österreichische Klub sieht aber hauptsächlich unter dem Einflusse jener Männer, welche dem Ministerium Auerberg-Laffer Decrees folgten und daraus entspringt das unverhohlene Mißtrauen, welches die Arbeiter gegen alles zeigen, was von jener Fraktion im angeblichen Interesse der Arbeiterschaft unternommen wird. So war es, als vor ein paar Jahren dieselben Leute, der ehemalige Handelsminister A. von Chlumetzky an der Spitze, der Regierung den Antrag abzulassen suchten, indem sie eine Enquete — dieses Untersuchungsmitel in den Händen der Rathlosen und Unentschiedenen — über die Frage der Unfall- und Altersversicherung beantragten. Die Arbeiter verhielten sich gegen diese Sittenrennen unempfindlich. Viel wichtiger für die Beurtheilung der Arbeiterfreundschaft jener Fraktion schien ihnen mit Recht die Thatsache, daß sich dieselben Herren mit Händen und Füßen gegen den Maximalarbeitsstag von 11 Stunden und gegen die Abschaffung der Nachtarbeit der Kinder wehrten.

Aber auch der Gesetzentwurf über die Arbeiterkammern selbst bietet Anlaß genug, die politische denkenden Arbeiter mit berechtigtem Mißtrauen zu erfüllen. Seit dem Beginne der Arbeiterbewegung in Oesterreich steht das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht an der Spitze der Forderungen der Arbeiterpartei; die kurze Phase des tollsten Anarchismus, die demselben eintrat und in welcher nur die Minorität der organisierten österreichischen Arbeiter an jener Forderung festhielt, war nur ein vorübergehendes, bedeutungsloses Moment, denn schon jetzt wagt sich keine Stimme in Arbeiterversammlungen mehr gegen das allgemeine Wahlrecht zu äußern. Diese Forderung allein genügt dem sozialistischen und demokratischen Programme der Arbeiterpartei und wird dem Prinzip der politischen Gleichheit gerecht.

Die Arbeiterkammern, welche jetzt plötzlich sich die Symmetrien der deutschen Liberalen und Nationalen erungen haben, sind schon im Jahre 1872 in Arbeiterversammlungen gefordert worden; das Gros der Arbeiterpartei verhielt sich aber schon damals ablehnend gegen diese opportunistische Taktik. Erst nach der Parteisplaltung im Jahre 1873, bei welcher sich die „Radikalen“ unter Führung Andreas Scheus von den Anhängern Heinrich Oberwinder trennten, gewannen die Arbeiterkammern, mit politischem Wahlrecht analog den Handels- und Gewerbetreibenden ausgestattet, an Oberwinder einen eifrigen Fürsprecher, der im Namen und Auftrag seiner Fraktion auch ein Memorandum an den Wahlreformauschuß des Abgeordnetenhauses richtete, in welchem er Arbeiterkammern mit Wahlrecht in den Reichsrath als Abschlagszahlung an die Arbeiter verlangte. Da damals ohne die Reform des Wahlrechts auf der Tagesordnung stand und die liberale Regierung die direkten Wahlen ansatzte, durch die liberalen Regierung der Landtagsmitglieder einzuführen suchte, war jene Forderung der Fraktion Oberwinder's gewiß eine gerechte und äußerst beschleunigende. Mehrere Führer der Liberalen im Reichsrathe ließen sich auch mit Oberwinder und zeigten sich gegen die Forderungen der Arbeiter, insbesondere gegen das Projekt der Arbeiterkammern, sehr entgegenkommend, aber all diese Liebe blieb platonisch, denn es kam zu nichts weiter als zu einer Resolution, in welcher der Regierung nahe gelegt wurde, sich mit der Frage der Arbeiterkammern zu beschäftigen. Die Regierung aber legte die Resolution dorthin, wohin alle Arbeiterpetitionen seit jeher gelangt waren, zu den Akten, wo sie bis heute ruht. Das war unter der liberalen Parteiregierung und unter der liberalen Majorität im Reichsrathe.

Daß nun dieselbe Partei, zum großen Theile dieselben Männer, mit einem solchen Feuerifer für eine Reform entretten, die ihnen noch vor zwölf Jahren herlich gleichgiltig, theilweise sogar verächtlich erschien, hat seinen Grund in der Hauptsache in der geänderten Stellung der Regierung gegenüber der Arbeiterbewegung und in dem Wechsel in der inneren Politik, der seitdem in Oesterreich eingetreten ist. Jene hochmüthige Ignoranz, die sich in der Ausrufung des sogenannten Bürgerministeriums Dr. Giska kundgab: Die soziale Frage hört bei Bodenbach auf — mußte angeht der stetig wachsenden sozialistischen Bewegung in allen modernen Kulturländern dem Gefühl einer beängstigenden Unsicherheit weichen und schließlich damit enden, daß man durch Konzessionen an die Arbeiter die Interessen der herrschenden Klassen am besten zu fördern glaubte. Die konservativen Parteien, die durch ihren unigen Zusammenhang mit den Privilegien des Grundbesitzes in einem gewissen natürlichen Gegensatz zu den Interessen des industriellen und handelsbetreibenden Kapitals gedrängt werden, sind durch diese ihre Stellung befähigt, dem Kampfe zwischen Unternehmer und Arbeiter auf dem Gebiete der Industrie mit größerer Objektivität ihre Aufmerksamkeit zu schenken, als die meist dem industriellen und Handelskapitale eng verbundenen liberalen Parteien. Außer in England hat insbesondere in Oesterreich-Ungarn der Adel diese Aufgabe des Großgrundbesitzes erkannt und mit Geschick in Angriff genommen. Die gegenwärtige österreichische Regierung, die sich hauptsächlich auf den Großgrundbesitz stützt, hat diese Politik gegenüber der Arbeiterbevölkerung überaus ausgenommen und hat damit eine populäre Waffe gegenüber den oppositionellen deutsch-nationalen Radikalen in die Hand bekommen.

Der Gesetzentwurf der deutsch-nationalen Fraktionen über die Errichtung von Arbeiterkammern ist ein Rückschlag dieser Politik, ist ein Versuch der oppositionellen Elemente, die gänzlich geschwundenen Sympathien bei den Arbeitern für die ehemalige freisinnig Liberalen wieder aufzuwecken, der Regierungspolitik ein Paroli zu bieten. Dieselbe Tendenz verfolgt die Opposition auch durch ihre gehedelte Theilnahme für die Opfer der Sozialisteneverfolgung, durch ihren scheinbaren Wider-

stand gegen das Anarchistengesetz; sie will der Regierung allein das Odium der Gewalt und Polizeimahregeln gegen die Sozialisten aufhaken und ihre Hände in Unschuld waschen. Sie ist aber dabei wohl bedacht, daß ihr Widerstand gegen das Gesetz fruchtlos bleibt, daß hierdurch die Regierung an dem schärfsten Vorgehen gegen die sozialistische Bewegung nicht gehindert wird. Diese Unbrüchlichkeit und Doppelsichtigkeit manifestirt sich auch in dem Inhalte des Gesetzes über die Arbeiterkammern.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung vom 7. Dezember, 1 Uhr.
Am Tische des Bundesraths von Doetticher, Graf Bismarck, v. Schelling und Kommissarien.

Zunächst steht der Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung eines Seminars für orientalische Sprachen zur ersten und eventuell zur zweiten Berathung. Das Reich soll zu der als preussische Einrichtung beabsichtigten Errichtung des mit der Berliner Universität verbundenen Seminars 20000 M. für die erste Einrichtung und 36000 M. zu den jährlichen Ausgaben im Maximum beitragen.

Abg. Grad: Ich begrüße die Vorlage, welche in der vorigen Session nicht mehr zur Verhandlung kam, mit großer Freude. Sie wird nicht nur dem Interesse der Diplomatie dienen, sondern auch dem Kaufmannstande von dem größten Nutzen sein und darin liegt ihr hoher volkswirtschaftlicher Werth. Ohne die Kenntniss fremder Sprachen kann auch der Handel nicht gut gefördert werden. In den letzten Jahren hat unser Verkehr mit dem Orient ziemlich zugenommen, steht aber hinter dem, was er noch werden kann, zurück. Unter Export nach der Türkei beträgt 8 Millionen, der englische 127 Millionen; nach Egypten exportieren wir 1 Million, England 47 Millionen; nach China wir 11, England 83 Millionen; nach den ostindischen Inseln wir 10, England 41 Millionen; nach Britisch-Indien wir 8, England 611 Millionen Mark. In den letzten 50 Jahren hat sich die Bevölkerung Deutschlands um die Hälfte vermehrt. Vor 50 Jahren exportirten wir Getreide und importirten industrielle Gegenstände; jetzt hat sich das Verhältniß umgekehrt. Die Errichtung des Seminars für orientalische Sprachen hat volkswirtschaftlich dieselbe Bedeutung wie die Dampfersubvention. Nach der Vorlage soll das Seminar eingerichtet werden nach dem Modell der in Paris und Wien bestehenden Institute. Es sollen wissenschaftliche Vorträge gehalten und auch praktische Uebungen angeestellt werden und zu diesem Zweck dem Institute Eingeborene des betreffenden Landes als Assistenten beigegeben werden. Die Schule in Paris hat 12 Lehrstühle, am Berliner Seminar sollen nur 6 errichtet werden. Das französische Budget für das Seminar beziffert sich auf 154000 Fr., hingegen werden für das Seminar in Berlin nur 72000 M. als fortlaufende Ausgabe und 40000 M. als einmalige Ausgabe gefordert. Hier von soll Preußen die Hälfte tragen. Ich meine, daß das Reich an der Sache sehr theilhaftig ist. Ich werde deshalb für die Vorlage stimmen und würde auch nichts dagegen haben, wenn sie an die Budgetkommission verwiesen würde.

Abg. Klemm befragte ebenfalls die Vorlage und zwar unter besonderem Hinweis der Erfolge, welche die französische Schule gehabt hat. Bedenklich ist es ihm aber, daß das Reich nicht nur mit einem Aufschusse eine Einrichtung eines Einzelstaates bedenkt, sondern sich auch einen Eingriff in die Verwaltung desselben vorbehält. Redner beantragt die Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Abg. Dr. Bamberg: Wenn ich keine anderen Gründe hätte, die Vorlage zu begrüßen, als Herr Grad, so würde ich allerdings wünschen, ohne Verweisung an die Kommission sofort in ihre zweite Berathung einzutreten und da ein negatives Votum abzugeben. Es ist doch eine etwas gar zu einfache Vorstellung von der Sache, wie Herr Grad es thut, die Fiktion des deutschen und englischen Exportes nach dem Orient vorzurechnen, und ich glaube, je mehr Geld wir für ein orientalisches Seminar ausgeben, desto weniger wird die Fiktion unseres Exports nach dem Orient wachsen. Ich glaube sogar, daß die Vergleichung mit der in meinen Augen zweifelhaften Leistung der Dampfersubvention noch viel zu hochgehend ist, und ich würde der Sache durchaus nicht freundlich gegenüber stehen, wenn ich wirklich glaubte, daß ihre kommerzielle Bedeutung ihren Schwerpunkt bilde. Der Abgeordnete Klemm scheint mir die Sache schon viel richtiger aufgefaßt zu haben und ich sehe eine günstige Vorbedeutung dafür, daß sie in meinem Sinne aufgefaßt zu werden verdient, darin, daß der Vertreter des preussischen Universitätswesens (Geh. Rath Althoff) als Regierungskommissar für die Vorlage hier anwesend ist. Ich sehe in ihr eine wertvolle Förderung des philologischen Studiums nach der Seite der lebenden Sprachbildung hin, und nur von diesem Standpunkte aus kann ich ihr beipflichten; denn für die Idee, die Vermutterung des Handels, die überall Leute hinschickt, um für ihn zu werben, auch noch durch Sprachkünde zu unterstützen, kann ich mich in keiner Weise erwidern. Dagegen stand Deutschland seit jeher und steht namentlich in diesem Jahrhundert so sehr auf der Höhe der philologischen und linguistischen Studien als die erste und jedesfalls unübertroffene Nation der Welt, daß eine Vorlage, die sich mit diesen Aufgaben beschäftigt und zwischen Wissenschaft und Leben noch ein neues Band zu knüpfen sucht, selbstverständlich unseres Wohlwollens sicher ist. Auch sind ja die Ansprüche, die damit an das Reich gestellt werden, nicht sehr groß. Andererseits verdienen auch kleine Ausgaben bei der jetzigen Finanzlage auf ihre Nothwendigkeit geprüft zu werden, und ich bin daher auch für die Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission. Was mich etwas bedenklich gegen sie macht — nur bedenklich, denn ungünstig bin ich nicht geneigt — ist, daß sie sich doch zunächst als Nachahmung an Institutionen anschließt, deren Ursprung weit zurückliegt und die, wenn sie heute noch zu schaffen wären, auch von den beiden Kaiserländern Oesterreich und Frankreich, nicht so oder gar nicht geschaffen würden. Das französische Institut datirt aus dem 17. Jahrhundert, aus Colbert's Zeit. Damals wurden jene orientalischen Schulen geschaffen, deren Zöglinge damals wie noch heute élèves de l'Orient hießen. Die Sache war aber rein praktisch gedacht; Knaben von 8—10 Jahren, 10 oder 12 an der Zahl, wurden in die Kapuzinerlöcher nach Konstantinopel und Smyrna geschickt, während gleichzeitig junge Orientalen oder Angehörige französischer im Orient ansässiger Familien nach Paris gezogen wurden, um im dortigen Jesuitenkollegium in den orientalischen Sprachen unterrichtet zu werden. Die Institution hatte damals einen ganz anderen Sinn als sie ihn heute haben kann. Damals stand Europa, die Frankenvelt, dem Orient und namentlich der hohen Pyrote ganz anders gegenüber als jetzt; als unterwürfiger Diener mußte jeder, der sich der hohen Pyrote nähern wollte, ihre Huld und Gnade sich erst erbetteln; und noch bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts gingen in Konstantinopel die aus diesen Schulen hervorgegangenen bei den Gesandtschaften

angestellten Dragomans in orientalischem Kostüm zu Hofe. Wie hat sich das Alles in's Gegentheil verkehrt! Jetzt können wir mit einigem Stolz auf jene orientalischen Mächte herabsehen. Sie haben sich auf alle mögliche Weise zivilisirt, nicht am wenigsten durch Schuldenmachen, und selbst China erschien vier oder fünf Mal in Europa und nahm die Pumpkraft der europäischen Börsen in Anspruch; wenn wir ihm noch einige Male so den Hof machen, wie in diesem Sommer, mit Herumfahren und guter Bewirthung, dann ist es vielleicht so gut, auch bei der Berliner Börse eine Anleihe zu kontrahiren. (Beifall.) Das zivilisirt enorm und macht sehr zahm; darum brauchen wir uns jetzt nicht so anzustrengen, um jenen orientalischen Mächten nahe zu kommen, wie damals, als jene Schulen gegründet wurden, die uns jetzt als Vorbild dienen sollen. Auch Oesterreich hat nach dem französischen Beispiel seiner Zeit eine ähnliche orientalische Schule bei der Kunitiatur in Konstantinopel gegründet, die erst unter Maria Theresia nach Wien verlegt wurde. Diese „Sprachknaben“, wie man sie nannte, als die Schulen beider Nationen noch in Konstantinopel waren, waren Zöglinge im Sinne unserer Vorlage, und es werden noch heute nicht mehr in Konstantinopel, aber in Paris in der Dragomanfakule ganz junge Kinder eingestellt und die Schule selbst ist ein Appendix zu einem Lyzeum. Erst später, wenn sie dort ausgebildet sind, werden sie nach dem Orient geschickt, wo sie den Konsuln anvertraut, und wenn diese keinen Platz haben, bei Orientalen zur Pflege gegeben werden unter der Bedingung, daß sie nur die dortige Sprache sprechen. Ebenso ist die Akademie für orientalische Sprachen in Wien, insofern sie für diesen Dienst zugeschnitten ist, ein Internat, in dem die Schüler erzogen, gepflegt und unterrichtet werden und zwar nicht bloß für diese Sprachen, sondern für das ganze Konsularwesen. Es handelt sich hier also um eine Spezialausbildung theils in den fremden Sprachen, theils für das ganze Konsularwesen, in großem Unterschied gegen unsere Vorlage, die nur eine akademische Leistung erstrebt; die Sprachen des Orients und Afrikas, hauptsächlich arabisch — denn lasterlich oder hottentottisch wird man bei uns zu lernen sich noch nicht gezwungen fühlen — sollen unter Zugleichung eines Eingeborenen akademisch gelehrt werden. So weit, wie es nach der Methode von Wien oder gar von Paris geschieht, wird man bei uns nicht gehen, sonst müßte ich besorgen, daß die jetzt so geringen Kosten, die uns etwas verführerisch anlocken, sich sehr bald steigern werden. So wie die Sache in Zug kommt, werden Anträge auf Stipendien folgen, damit die auf diese Weise vorgebildeten jungen Leute sich weiter entwickeln. Ob nun der jetzige diplomatische Dienst, namentlich in China und Japan, mit der englischen und zum Theil mit der deutschen Sprache so vertraut ist, daß er kaum mehr der Dolmetscher bedarf, und ob wir gerade für ihn nöthig haben, besondere Erziehungsmethoden einzuführen, das will ich im Augenblick nicht entscheiden, sondern nur einige Zweifelsgründe beibringen, damit wir die Sache heute nicht über das Anie brechen, sondern in der Kommission genau überlegen. (Beifall links.)

Abg. v. Cuny: Der leitende Gesichtspunkt bei dieser Vorlage ist keineswegs der philologische, den Herr Bamberg in den Vordergrund geschoben hat. Es werden hier die Konsequenzen gezogen von der Thatsache, daß der Orient mit einer in seiner Art sehr entwickelten und für die Menschheit sehr wichtigen Kultur in den Kreis unserer Kultur eingetreten ist. Wenn wir nur die eine Thatsache beherzigen, daß fortwährend aus Japan eine große Anzahl begabter, auf der Höhe der dortigen Bildung stehender junger Männer hier nach Berlin kommt, um hier an unserer Bildung theilzunehmen, dann werden wir uns nicht verhehlen, daß es sich hier um mehr handelt, als um eine bloße Frage der Gemandtheit zum Zweck der gegenseitigen praktischen Geschäftsbereidung. Es sind vielmehr beide Kulturkreise, die bis vor Kurzem einander fremd und fern gegenüberstanden, im Begriff, sich nicht zu sagen in einander aufzugeben, aber in die engsten Beziehungen zu einander zu treten, und unsere Nation kann sich der Aufgabe nicht entziehen, diejenigen geistigen Waffen, die zur Bewältigung dieser Aufgabe erforderlich sind, sich anzueignen. Die philologische Seite der Sache ist nur eine von vielen. Die Folgen aber, die für unseren Handelsverkehr aus der Kenntniss der orientalischen Sprachen entspringen, fallen auch nicht am wenigsten ins Gewicht, und wenn Sie nun die Ausrufungen der englischen Presse bedenken über den Vorwurf, den der deutsche Kaufmann im Orient und zwar nicht am wenigsten wegen seiner Kenntniss der orientalischen Sprachen über den englischen Kaufmann zu erreichen im Begriff steht, dann werden Sie auch, glaube ich, der Sache keine Gewalt antun, wenn Sie anerkennen, daß Herr Grad in dankenswerther Weise eine sehr wichtige Seite der Frage berührt hat. Darin gebe ich Herrn Bamberg recht, daß es nicht angeeignet sein würde, gerade das in Frankreich beschiedene Institut zum unmittelbaren Vorbild zu nehmen. Uebrigens entnehme ich schon aus der Vorlage, daß das keineswegs die hierbei obwaltende Absicht ist, es soll vielmehr nur Gelegenheit gegeben werden zur theoretischen Erlernung und Verwendungs der orientalischen Sprachen. Was den Kostenpunkt betrifft, so wird eine eingehende Erörterung desselben nur in der Kommission möglich sein.

Die Vorlage geht an die Budgetkommission.
Hierauf wird der Bericht der Reichsschulden-Kommission auf den Antrag des Abg. Meyer (Halle) an die Rechnungskommission verwiesen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Berathung des Etats.

Bei dem Etat der Reichsjustizverwaltung bittet Abg. Koffhert um Auskunft über den Stand der Arbeiten der Kommission zur Ausarbeitung eines bürgerlichen Gesetzbuches; dieselbe werde sowohl den Sachmännern als dem deutschen Volke erwünscht sein.

Abg. Bernuth: In diesem Jahre sind für die Kommission zur Herstellung des bürgerlichen Gesetzbuches 25000 M. weniger beansprucht als in dem verfloßenen Jahre, weil dieselben nach dem Stande der Arbeiten der Kommission entsetzt werden können. Es sollen das nach Mittheilungen der Presse Ersparnisse an Druckkosten sein, während die Kommission selbst noch während des ganzen Etatsjahres werde bestehen müssen. Ich bin weit entfernt, die Kommission anzugreifen zu wollen, in welcher die hervorragendsten Juristen sitzen und deren Vorsitzender einer der ersten deutschen Juristen von unerschöpflicher Arbeitskraft ist. Aber es muß der Wunsch berechtigt erscheinen, daß das Werk aus den Arbeiten der Kommission allmählig an den Tag komme. Allgemein wird ferner der Wunsch geäußert, daß der aus der Kommission hervorgehende Entwurf der Öffentlichkeit nicht entzogen werde, damit eine wissenschaftliche Kritik demselben genöthigt werden könne, so daß dem Bundesrath und Reichstag reichhaltiges Material zur Würdigung des Entwurfs gegeben werde. (Beifall.)

Staatssekretär im Reichsjustizamt v. Schelling: Die Kommission hat ihre Beratungen am 1. Oktober 1881 begonnen und mit einer solchen Unermüdlichkeit, die auch mein Vorgesetzter anerkannt, gearbeitet, daß sie jetzt im 5. letzten Theile, dem Erbrecht, steht. Voraussetzlich wird sie Mitte des nächsten Jahres auch den 5. Theil fertig gestellt haben. Dann soll der Streit durch Drucklegung ein weites Feld eröffnen werden. Es ist nicht gesagt, daß damit die Thätigkeit der Kommission zu Ende ist. Vielleicht thut sie gut, sich noch mit einigen Ergänzungen z. B. mit dem Einführungsgesetz der Grundbuchordnung und anderen Nachträgen zu beschäftigen. Weil diese Möglichkeit vorliegt, wird die Kommission noch während des ganzen nächsten Jahres fortgesetzt werden, und deshalb ist keine erhebliche geringere Summe im Etat eingestellt worden. Die Absetzung von 25 000 M. wird dadurch motiviert, daß Ersparnisse an diesem Fonds gemacht worden sind.

Abg. Bod: In der zu erwartenden Vorlage wegen Herabsetzung der Gerichts- und Anwaltsgebühren ist in der Hauptsache nur auf eine Ermäßigung der Anwaltsgebühren Bedacht genommen. Eine derartige Reform des Gebührenwesens genügt dem Volke keineswegs. Auf die Herren Millionäre freilich hat man eine zarte Rücksicht genommen, indem man auch die Gerichtsgebühren für Streitobjekte über 10 000 M. ermäßigen will. Weit mehr liegt uns aber am Herzen, daß der arme Mann mit geringen Kosten seinen Arbeitslohn oder sonst eine geringe Forderung einlagern könne. Man sagt, in Folge der Erhöhung der Prozesskosten sei keine Störung der Rechtspflege eingetreten. Die Abnahme der Prozesse aber, die feststeht, ist ein deutlicher Beleg für eine solche Störung, und nichts beweist mehr eine Regierung der öffentlichen Autorität, die man den Sozialdemokraten vorwirft, als wenn das Recht im Lande nicht zu seiner Geltung kommen kann. Die Urtheile des Reichsgerichts, die Tendenzprozesse der letzten Zeit, das Freiburger Urtheil sorgen für die Herabsetzung der Autorität mehr als hundert sozialistische Reden. Die Gerichtskosten in dem Dänenprozeß des Abg. Krüger wegen 1500 M. haben 249 M. betragen, dazu kommen für jeden der beiden Anwälte etwa 150 M., macht zusammen etwa 549 M.; das sind unerträgliche Verhältnisse. Laute und berechtigte Klagen hat auch das Institut der Gerichtsvollzieher hervorgerufen. Während der Exekutor früher stolz zu Fuß zum Auspfänden ging, kommt der Gerichtsvollzieher jetzt gefahren, theils einspännig, theils zweispännig, um dann dafür dem armen Teufel entweder eine Pfandhypothek auf sein Häuschen zu legen oder ihm das letzte Stück abzupfänden. Das muß das Ansehen der Gerichtspflege in den unteren Ständen untergraben. Ich empfehle dem Staatssekretär des Justizamts nicht bloß eine Ermäßigung der Anwalts-, sondern vorzugsweise der Gerichtsgebühren eintreten zu lassen.

Tit. 1-4 werden hierauf bewilligt.
Tit. 5-8 werden wegen einer Mehrforderung von 1350 M. für einen neu anzufassenden Voten auf Antrag des Abg. von Bernuth in die Kommission verwiesen.

Der Rest des Etats der Justizverwaltung, die Etats des Reichseisenbahnamts, des Rechnungshofes, des allgemeinen Pensionsfonds und Reichsinvalidentfonds werden, soweit sie nicht der Budgetkommission zur Berathung überwiesen sind, ohne Debatte genehmigt.

Um der Budgetkommission und der Kommission zur Berathung der Militärvorlage etwas Raum für ihre Arbeiten zu geben, schlägt der Präsident vor, die nächste Sitzung erst am Freitag abzuhalten. Widerspruch dagegen erhebt sich nicht.

Schluss 2½ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Etat der Militärverwaltung und des Reichstags.)

Lokales.

In einem ganz eigenartigen Richte erscheinen gewisse Zustände der Reichshauptstadt, wenn man folgenden Bericht der „Voss. Ztg.“, eines durchaus militär- und polizeifrommen Bourgeoisblattes, liest. Jeder alte Berliner, so schreibt das genannte Blatt, erinnert sich noch des düstern Kellers an der Bergmann- und Bellealliancestraßen-Ecke. Es war, wie man früher sagte, eine alte Tabagie mit einem Garten voll herrlicher Bäume, wohin dazumal gern der Berliner der Friedrichstadt mit seiner Familie wallfahrte, um seine Weisheit zu trinken. Hinten hinaus führte ein Weg linksab nach einem Birkenhain, der der jüngeren Welt zum Spiel- und Tummelplatz diente, den aber auch zeitweise Lebensmüde sich aussuchten, um dem Schiffbruch ihres Daseins ein schnelles Ende zu bereiten. An der Ostseite des Gartens an der Bergmannstraße fand ein niedriges Häuschen, dessen sauber, aber einfach nach der Väter alter Sitte ausgestatteter Gasträum gegen die Unbilden der Witterung zur Sommer- und Winterzeit Schutz bot, und es waltete darin ein Mustereispiel eines alten Weibzwirners, wie man sich deren in Berlin noch aus guter alter Zeit erinnert, von behäbiger Jovialität gegen die Gäste, die er gern sah, kurz angebunden und grob gegen diejenigen Gäste, die ihm nicht behagten. Immer aber hielt er auf Ordnung und Sitte, wie es sich für eine alte und aut renommierte Bürgerlabagie ziemte. Ende der fünfziger Jahre fiel zunächst der Garten mit seinen prächtigen alten Bäumen der Baupekulation zum Opfer und es blieb von dem düstern Keller nur das Häuschen stehen, hinter dem sich dann von dem Garten nur noch ein schmaler Streif bis zu dem Berge hinzog, auf dessen Höhe sich der Berliner Bod befindet. Nur wenige Ueberbleibsel jenes alten Baumbestandes fristeten in diesem Gartenstreifen noch ein kümmerliches Dasein. Aber auch jene alten Ueberreste, die von dem düstern Keller nichts mehr als den Namen gerettet hatten, sollten keinen langen Bestand mehr haben; Mitte der sechziger Jahre fielen auch sie und mußten einem Neubau Platz machen. Der Wirth der letzten Jahre mußte sich flüchten und bezog ein neues Lokal schräg gegenüber, und heute erinnert an die vergangene Herrlichkeit des alten düstern Kellers nur noch das Schild, welches die Aufschrift „Restaurant zum düstern Keller“ führt. In dieser Lokalität, die zwar nichts mehr von der Altoäterlichkeit ihres früheren Dasein hat, die aber von Berliner Bürgern noch gern besucht wird, spielt sich die kleine Geschichte ab, die wir erzählen wollen. An dieser Schilderung, so wird gewiß ein jeder sagen, ist durchaus nichts Bemerkenswerthes, es ist eine Reminiscenz, wie man sie häufig in den Tagesblättern findet. Bezeichnend für den Standpunkt eines „auch“ freisinnigen Blattes ist es aber, daß diese ganze lange Einleitung, die fast vom Anbeginn der Welt anfängt, notwendig ist, um den Lesern die folgende kleine Geschichte aufzutischen: „Eine Berliner Einschätzungskommission hatte sich dort, so fährt die „Voss. Ztg.“ fort, für ihre Sitzungen zur Erledigung ihrer amtlichen Arbeiten ein besonderes Zimmer angekauft, zu dem kein Gast Zutritt hat. Man weiß ja, die Privatwohnräume sind in Berlin beschränkt, amtliche Lokalitäten stehen nicht immer zur Verfügung. So tagte jene Einschätzungskommission dort auch am 2. d. M. Die Einschätzung der Berliner Bürger ist kein leichtes Amt und wenn es gewissenhaft gehandhabt wird, erfordert es Zeit. Die Arbeiten hatten sich derartig gehäuft, daß die Kommission noch um 11½ Uhr Abends in Thätigkeit war. Da sollte aber die Arbeit der Kommission ein jähes und unerwartetes Ende erfahren. Ein Schumann betrat das Zimmer, wahrte die Herren, daß es Schlafenszeit sei und gebot Feierabend. Das Lokal hat nur die Schankkassonette bis 11 Uhr Abends. Da half kein Widerspruch, daß es ein abgeschlossenes, besonderes Zimmer sei, in dem die Kommission arbeitete, und daß der Vorsitzende derselben den Schumann darauf aufmerksam machte, daß die Kommission in amtlicher Eigenschaft hier tage; der Schumann bestand auf seinem Echtein und die Kommission mußte das Feld räumen. Im Kafe National in der Friedrichstraße tagt andere Gesell-

schaft und es soll zuweilen dort bis zum frühen Morgen recht munter hergehen; kein Schumann stört sie, das Kaf. National hat Nachtsonne. Aus einem reservierten Zimmer des Restaurants zum düstern Keller muß die Einschätzungskommission um 11½ Uhr flüchten. Aber freilich — warum tagt sie nicht im „Kaf. National“, von der Polizei würde sie dort nicht gestört.“ — Wir unserselbst sind nun vollständig von der Solidität des mit echt spezialbürgerlicher Gründlichkeit und Genauigkeit geschätzten Lokals überzeugt, glauben aber, daß es kaum nöthig gewesen wäre, eine so umfassende Genealogie einer Kneipe zu geben, die von einer Berliner Einschätzungskommission mit ihrem Besuch beehrt wird. Mag das Restaurant aber nun noch so würdig sein, so können wir uns aus anderen Gründen schon nicht damit einverstanden erklären, daß so wichtige Geschäfte, wie die Einschätzung der Steuerzahler, in Räumlichkeiten vorgenommen werden, in welchen der „große Weisheit“ und der „Strippe“ gebüldigt wird. Bei allzulangen Eizen kann es den Herren Einschätzungskommissionären denn doch auch passieren, daß sie alles „doppelt sehen“ — selbst das Einkommen und Vermögen der einschätzenden Mitbürger. Wenn man seine Steuerquittungen betrachtet, kommt man unwillkürlich auf diesen Gedanken. Spokhaft ist es allerdings, wie die „Voss. Ztg.“ sich anstellt, wenn sie gegen polizeiliche Maßnahmen hochbeimig wird. Es müssen doch in Berlin recht bedenkliche Zustände herrschen, wenn schon die „Tante Voss“ ungemüthlich wird. Um den einen Mißstand zu rügen, hätte sie die bittere Pille freilich nicht in aar so viel Zucker zu hüllen brauchen, namentlich ist das „Kafe National“ doch so gefährlich nicht mehr — seitdem nämlich dort, wie ein anderes Blatt kürzlich indiskreter Weise verrieth — sogar ein besonderer Tisch für Reichstagsabgeordnete reservirt wird. Wo Reichstagsabgeordnete verkehren, da kann doch auch ganz getrost eine Berliner Einschätzungskommission tagen.

Pennbrüder. Das Unglück in seiner trostlosesten Gestalt erregt oft mehr Spott als Mitleid, und das Glend in seiner jammervollsten Gestalt zu sehen, bietet unsere Welt- und Millionenstadt trotz ihres Glanzes, trotz ihrer Pracht und Herrlichkeit reichlich Gelegenheit. Die bessere Gesellschaft, die gebildeten Stände sind schnell bei der Hand, sich ein Urtheil zu bilden und ihren Gefühlen Ausdruck zu verleihen über das sich ihnen vor Augen stellende Glend und dasselbe mit Namen zu belegen, welche den Stempel absoluter Unkenntniß bestehender Verhältnisse, sowie einer großen Lieb- und Herzlosigkeit an sich tragen. Jene, welche den geschmackvollen Namen „Bagabunden“ auf die wandernden, nach Arbeit suchenden und von den ärgsten Nöthen des Lebens heimgesuchten Arbeiter in Anwendung brachten, — wer kennt nicht das Märchen von den 200 000 Bagabunden, welche das Land durchziehen! — können auch die Ehre für sich in Anspruch nehmen, die nicht minder geschmackvolle Bezeichnung „Pennbrüder“ erfunden zu haben. Bagabunden und Pennbrüder sind synonyme Begriffe, denn was die Bagabunden für das Land, das sind die Pennbrüder für die Stadt. Ihre Beschäftigung besieht nach Ansicht gewisser Leute darin, in den Straßen umher zu schlendern, auf öffentlichen Plätzen herum zu lungern oder die dort stehenden Ruhebänke zu drücken, des Nachts bei „Mutter Grün“, in Neubauten, Vorgärten oder an sonstigen angenehmen Orten zu „pernen“. Es hieß nur leeres Stroh drehen und Gulen nach Athen tragen, wollte man sich die Mühe nehmen, Jenen, die absolut kein Verständnis für die „soziale Frage“ haben, das Unglück der Unglücklichen mitszufühlen außer Stände sind, einen wenn auch nur schwachen Begriff von dem grenzenlosen Glend jener Menschen, welche sie verächtlich „Pennbrüder“ nennen, beizubringen. Wohl aber möchten Jene bedenken, was sie sprechen und erst etwas über die Ursachen nachdenken, welche die Menschen zu „Pennbrüder“ werden lassen. Am Montag brachte die konservative „Post“ eine Notiz, das Ende eines „Pennbrüders“ betreffend, welche höchst charakteristisch ist und wohl verdient, namentlich in „besseren“ Kreisen recht sehr beachtet zu werden. Besagte Notiz meldet in kurzen Worten, daß am Sonntag Vormittag in der Nähe des Görlitzer Bahnhofes ein demüthiger Pennbrüder, an der Erde liegend, aufgefunden und nach der Sanitätswache am Görlitzer Bahnhof geschafft worden sei, woselbst der wahrhabende Arzt den eingetretenen Tod durch Ertrinken konstatierte. Der „Pennbrüder“ sei von Ungeziefer überfüt, seine Taschen vollständig leer gewesen. Das aber habe man den Gesichtszügen und den feingebildeten Händen angesehen, — der „Pennbrüder“ habe einst bessere Tage gesehen! Wie Viele mögen die Notiz gelesen haben, ohne etwas anderes dabei zu denken, als: „Entsetzlich, was es doch für Menschen giebt!“ Wer aber etwas darüber nachdenkt und sich die furchterliche Lage jenes Bedauernswerthen — mag er nun durch eigenes Verschulden oder Unverschulden in dieselbe gekommen sein — vor Augen führt, wer die unmenschlichen Qualen, die der Unglückliche erduldet hat, bis zu dem Augenblicke, wo ihn, von Ungeziefer überfüt, in den Straßen Berlins der Tod durch Ertrinken seinem namenlosen Jammer entrückte, vergegenwärtigt, der kann allerdings auch den Ausruf nicht unterdrücken: „Entsetzlich, was es doch für Menschen giebt!“ Allerdings, in einem anderen Sinne. Es wäre zu optimistisch gedacht, wollte man nicht zugeben, daß auch unter den „Pennbrüder“ sich Elemente befinden, welche kein besonderes Mitleid erwecken, das man schließlich auch dem Unmündigsten nicht verweigern kann, doch heißt es ebenso allzu pessimistisch urtheilen, will man unter „Pennbrüder“ nur die Hefe der menschlichen Gesellschaft verstehen. Diese beliebte Anschauung wird gründlich widerlegt durch die gedachte Notiz, welche besagt, daß der „Pennbrüder“ einst bessere Tage gesehen. Was dieses „bessere Tage“ in diesem Falle bedeuten soll, wird hinlänglich erklärt durch den Hinweis auf die Gesichtszüge und die feingebildeten Hände des Verunglückten, es ist eine milde Umschreibung der Thatsache, daß derselbe einst den „besseren Ständen“ angehört hat und diese Thatsache ist ein eindringliches „memento mori“ für die Angehörigen der besseren Stände, indem dieser Fall wiederum beweist, daß das menschliche Schicksal unberechenbar ist, daß sich das „Pennbrüderthum“ auch aus den „besseren Ständen“ rekrutirt. Diese Thatsache sollte eine ernste Mahnung sein an Alle, mehr Nächstenliebe zu üben und die Vermögenden anspornen, Zustände zu schaffen, welche so furchterliche Vorkommnisse, wie das geschilderte, unmöglich machen. Bessere Tage steht schließlich immer noch auch der ärmste Arbeiter, der, wenn auch unter den schwersten Entbehrungen sein Dasein fristend, wenigstens noch ein Obdach besitzt. Doch wie schnell ist in heutiger Zeit dieses unscheinbare, wennschon schätzbares Besitzthum verloren! Man betrachte nur die große Zahl der Arbeitslosen, welche verzweifelt die Straßen Berlins durchstreifen, deren Zahl namentlich zur Winterzeit zu einer erschreckenden Höhe answillt! Ist der Mensch erst arbeitslos, so wird er auch sehr leicht obdachlos und die Statistiken der Aple für Obdachlose reden eine deutliche Sprache. Arbeits- und obdachlos werden die Menschen „Pennbrüder“ und erben schließlich auf offener Straße, nachdem sie den Reich unmenschlicher Leiden bis auf den letzten Tropfen geleert haben. Diese Thatsachen sind schrecklich aber wahr und schreien laut um endliche energische Abhilfe. Hier helfen keine „humanen“ Bestrebungen, keine Aple, keine Wohltätigkeit, hier helfen allein durchgreifende soziale Reformen! Solche herbeizuführen sollte doch endlich das Bestreben eines jeden Staatsbürgers sein und zwar im eigenen Interesse, da jetzt ein jeder, mag er reich oder arm sein, die Anwartschaft hat, ein „Pennbrüder“ zu werden!

Die Anwendung künstlicher Beleuchtung scheint in Folge des polizeilichen Verbotes der Mauerarbeit bei einer Temperatur unter zwei Grad Kälte sehr umfangreich zu werden. Meist ist es die elektrische Beleuchtung, die z. B. bei den umfangreichen Neubauten in der Beuthstraße und an der Zimmer- und Lindenstraßenecke und bei vielen anderen Neubauten im Innern der Stadt zur Anwendung kommt, und es macht einen

eigenenthümlichen Eindruck, mitten auf dem Bauplatz in einer kleinen provisorischen Hütte die Dampfmaschine aufgestellt zu sehen, welche für acht bis zehn Lampen berechnet ist, die den Bauplatz und das begonnene Mauerwerk mit ihrem hellen Lichte erleuchten. Weniger imponant machen sich die hochflackernden Benzolampfen aus anderen Neubauten, z. B. in der Veitpigerstraße, mit ihrem äußerst belästigenden Geruch für Jeden, der in ihre Nähe geräth. Selbstverständlich gehört eine größere Zahl solcher Lampen dazu, um in der Dunkelheit die zur Fortführung der Arbeit erforderliche Helle zu verbreiten. Eins aber ist bei dieser künstlichen Beleuchtung ganz zweifellos, nämlich, daß auch bei der ausgiebigsten Anwendung derselben die ohnehin für die beschäftigten Arbeiter sehr große Gefahr noch mehr erhöht wird. So wird schmerzlich eine künstliche Beleuchtung so einzurichten sein, daß alle Theile eines über das Fundament hinausragenden Rohbaues genügend erleuchtet sind. Ueberall wirft das grelle Licht auch tiefe Schatten und erzeugt bei dem Arbeiter ein Gefühl der Unbehaglichkeit und Unbequemlichkeit, das er während der Arbeit bei natürlichem Tageslicht nicht kennt. Besonders verhängnißvoll kann dieser Umstand für die mit dem Herbeischießen des Materials beschäftigten Arbeiter werden. Ein unglücklicher Tritt in eine Oeffnung, die zufällig von einem solchen tiefen Schatten bedeckt ist, kostet ein Menschenleben oder die gesunden Glieder eines Arbeiters und macht diesen zum Krüppel. Sind schon bei unseren Bauausführungen allgemein größere Sicherheitsvorkehrungen wünschenswerth, so sind sie es bei diesen künstlich beleuchteten Bauten doppelt und dreifach.

Von verschiedenen Seiten werden wir auf ein Inserat aufmerksam gemacht, welches sich gestern im „Lokal-Anzeiger“ fand. Dasselbe lautete: „Zeitungsfaller werden gegen guten Lohn für einige Zeit gesucht. Wednesday Dienstag Nachmittags 3 Uhr Zimmerstr. 40 41, Hof Luerggebäude part. rechts.“ — Um 3 Uhr hatten sich dort eine große Anzahl von Beschäftigten suchenden Personen eingefunden, die jedoch Alle mit dem bairischen Bescheide vom Portier abgewiesen wurden, daß der Bedarf an Leuten bereits um 1 Uhr gedeckt worden sei. Man sollte doch heute, wo es so viele arbeitslose Personen in Berlin giebt, mit der Abfassung derartiger Annoncen etwas gewissenhafter umgehen, arme Teufel werden durch solche ungenaue Angaben zu ihrem sonstigen Unglück noch obendrein zum Besten gehalten. Mindestens aber dürfen die Genasführten verlangen, daß ihnen ein ausreichender und höflicher Bescheid zu Theil wird und daß sie nicht noch grob angefahren werden.

Der Grunewald, der durch die Stadtdahn den Berliner so nahe gerückt ist, erfährt jetzt wichtige Umänderungen, durch welche abermals ein Stück des Grunewald den Berliner erschlossen werden soll. Um den Grunewald gewissermaßen an die Schwelle der Stadt zu rücken, muß man planmäßig die Verkehrswege dahin verbessern und erweitern. Ein Schritt weiter nach diesem Ziel zu ist in aller Stille mit der Anlage einer neuen Hauptstraße nach dem Grunewald gethan worden. Einige hundert Arbeiter sind zur Zeit bei der Regulierung der neuen Straße beschäftigt. Die neue Straße zweigt am Kurfürstendam ab, wo dieselbe von der Wilmersdorferstraße geschnitten wird, und geht dann gradlinig in ungefähre derselben Anlage wie der Kurfürstendam auf den Grunewald zu, den sie in der Nähe von Schmargendorf trifft, um dann bis an den Grunewaldsee in der Nähe von Paulsborn fortgesetzt zu werden. Man kann ersehen, was es heißt, diesen lieblichen Theil des Grunewalds nun ebenfalls erreichbar zu machen, der für alle nicht mit Fuhrwerk geeigneten Menschen sowohl von Dahlem wie von der Station Grunewald aus nur noch langen Marsche zu erreichen war. Dort, wo die neue Straße, welche bereits ihren Namen hat — sie wird Kronprinz-Damm heißen — den Grunewald trifft, unmittelbar an seinem Saume soll ein Erfrischung-Stationnement in großem Stil errichtet werden. Dasselbe befindet sich bereits im Bau. Nur für eine kleine Strecke des Kronprinzen-Dammes sind noch Terrainregelungen vorzunehmen, alles Wesentliche ist entworfen, ja man hat bereits mit dem Ausschalen an einigen Stellen begonnen und hat an anderen vorläufige Pflasterungsarbeiten in Angriff genommen.

Mittel gegen das Ausgleiten der Pferde auf glattem Pflaster. Das kaiserliche Postbureau in Berlin, welches über einen sehr großen Pferdebestand verfügt, hat in jüngster Zeit eine Einrichtung getroffen, die bestimmt ist, den zahlreichen Unfällen vorzubeugen, denen die Pferde auf dem überaus glatten Pflaster Berlins ausgesetzt sind. Zwischen den Hufeisen der Pferde werden kleine, aus einem brasilianischen Faserstoff geflochtene korkartige Polster, die sogenannten „Bedammschen Aufpolster“, eingeschoben, welche in Folge ihrer starken Reibungsfähigkeit dem Pferde selbst auf dem glatten Asphaltpflaster und dergleichen einen so festen Halt geben, daß das gefährliche Ausgleiten mit den Hufen vollständig ausgeschlossen wird. Die Polster konserviren auch sonst den Fuß, die Einwirkung des harten Pflasters auf denselben wird durch die Elastizität des Polsters gemildert und auch die Hufeisen werden weniger abgenutzt.

Der übliche Redaktionsmaifäßer wurde uns vorgestern Abend von einem freundlichen Leser gestiftet. Leider fehlen alle Daten über die Herkunft des braunen Burschen und auch namentlich die Angabe, wer den geehrten Gast wohl veranlaßt haben könnte, die schützende und wärmende Erde so vorzeitig zu verlassen. Vorläufig haben wir ihn unserer Menagerie einverleibt, bis sich vielleicht irgend ein verständnisreicher Maifäßer-Hermes findet, der für sein weiteres Fortkommen zu sorgen besser in der Lage ist als wir.

Das Anfaßen der Badwaaren, welches in der Presse vielfach gerügt worden ist, giebt jetzt auch den Bädern zu einer lebhaften Besprechung der Frage Veranlassung. Man wünscht allgemein eine Beseitigung der Unsitte, glaubt aber, daß noch eine größere Agitation nöthig sei, um die Frage sprudeln zu lassen.

Ausweisung? Das „Berl. Tagebl.“ schreibt: „Alemper Weis, in der Velenstraße wohnhaft, in den Kreisen der Sozialdemokraten unter dem Namen „Grünspan“ bekannt, ist wie uns mitgetheilt wird, am Sonntag früh auf Grund des Sozialistengesetzes ausgewiesen worden. Da derselbe österreichischer Unterthan ist, wurde er nicht nur aus Berlin, sondern gleich aus dem gesammten preussischen Staatsgebiete ausgewiesen.“

Das Jarthöfer'sche Luchgeschäft, welches als letzte Erinnerung an die vornehme Zeit des Wühlendammes in unsere Tage hineintrug, hat am Sonnabend seine Thoren geschlossen. Dasselbe gehörte seit alter Zeit den Jarthöfer's, einer böhmischen Kolonistenfamilie. Es fällt, damit an der engen Stelle ein vorläufiger Durchgang für das Publikum geöffnet werden kann.

Ueber die Festnahme einer Person wegen Wahlbeeinflussung wird uns folgende Mittheilung gemacht: Als gestern Mittag ein Wahlberechtigter eins der Wahllokale in der Königsstadt betrat und die Stimmtel entgegennahm, trat auf ihn ein Herr mit den Worten zu: „Wählen Sie den ...“ (hier nannte er den Namen eines der aufgelisteten Kandidaten), dann tranken wir nachher auch ein Glas Bier zusammen. Mögen die Worte im Ernst oder im Scherz gesprochen worden sein — der wachhabende Schumann, welcher die Ausrufung gehört hatte, stürzte den Betreffenden nach der Polizeiwache. Wie wir hören, ist es ein Kaufmann aus Hamburg. Derselbe wird sich nun wegen verachteter Wahlbeeinflussung vor dem Strafrichter zu verantworten haben.

Im Kaufschere bräutet. In der Nacht vom 17. zum 18. Oktober sechsten drei Böglinge eines hiesigen Instituts in einem Lokal in der Jägerstraße. Nach Mitternacht trennten sie sich in der Passage. Zwei von ihnen gingen direkt nach der gemeinschaftlichen Wohnung in der Schönhauser Allee, während der Dritte, Namens G., welcher stark angetrunken war, nach auf den Straßen umherwanderte. So weit die Erinnerung

des letzteren reicht, hat, während er laut in polnischer Sprache räsonnierte, ein gleichfalls polnisch sprechender Herr sich zu ihm gesellt. Als die vorangegangenen Genossen vor ihrer Wohnung angelangt war, wurde G. daselbst von einem etwa 19 Jahre alten anständig gekleideten Herrn aus einer Droschke herausgehoben und seinen Freunden mit den Worten: „Hier bringe ich jemand, der will hier wohnen“, übergeben. Der Fremde bezahlte demnach den Droschkelutcher, nachdem er mit demselben über die Höhe des Fahrgeldes gestritten hatte, und verschwand. In der Wohnung angelangt, vermisste G. seine silberne Uhr, auf deren Deckel die Buchstaben L. G. eingegraben waren, eine silberne Panzerkette, eine goldene Kravattennadel mit drei Korallen, sein schwarzes Lederportemonnaie mit einem Inhalt von 1,35 M., ein gelbes, quadratisches Zigarettenetui aus imitiertem Krokodillleder mit Nadeln und ein braunes Taschennmesser. Dagegen fand er in der Tasche seines Bekleidetes einen Leinwandlappen vor, der ihn auf die Vermuthung brachte, daß er während der Droschkenfahrt von seinem unbekanntem Begleiter betäubt und beraubt worden ist; doch dürfte es eines Betäubungsmittels kaum bedürft haben, um den G. in einen Zustand der Bewußtlosigkeit zu versetzen. Der Lappen scheint als Taschentuch benutzt worden zu sein.

Ueber eine vermeintlich große Rattenplage in der Zentral-Markthalle sind in Interjunctenkreisen und in den Zeitungen Klagen laut geworden, welche die „Allg. H.-Bl.“ auf ihr richtiges Maß zurückzuführen in der Lage ist. Bekanntlich sind in der Zentral-Markthalle für die verbesserten Ventilations-Einrichtungen mehrere große Röhren nach der Äußeren Wilhelmstraße hin angelegt worden. Einige dieser Röhren, welche dem Militär-Gebäude nahe liegen, haben nun eine Anzahl Ratten, die sonst in jenem Speicher haufen, benutzt, um ihren Einzug in die Markthalle zu halten. Sobald dieser Rattenzug gemerkt und auch die Quelle dieses Zugzugs gefunden worden, sind jene Röhren natürlich sofort mit starken Drahtverkleidungen versehen worden, so daß ein weiterer Zugang ausgeschlossen ist. Für die Vertreibung der bereits eingezogenen Ratten ist ein Kammerjäger angestellt worden, dessen Thätigkeit sehr bald die langgestreckten ungeliebten Gäste wieder vertreiben dürfte. Auch einer Katze, die nämlich in der Markthalle sich gütlich zu thun beliebt, ist man auf der Spur. Da es bei den weiten Räumlichkeiten dieser Markthallenanlage jedoch sehr schwer werden dürfte, sie zu fangen, so beabsichtigt man, sobald sie in Sicht kommt, sie zu erschießen.

Vom Gerüst gestürzt. Von dem Bau Mannstein- und Poststraßen-Gde, auf dem Bau des Bezirksvorstehers Winder, ist in Folge schlechter Verankerung des Gesimses und des schlechten Baumaterials der Polier herabgestürzt und auf der Stelle todt geblieben. Auf dem Bau herrschte ein förmliches Jagen, aber keine ordnungsmäßige Arbeit.

Schredensbleich war eine Anzahl kleiner Anabengestirter, die am Sonnabend dem Unfall eines Schulkameraden an der Friedrichsgracht zugesehen hatten. Die kleine Schaar kam aus der Schule und lärnte und tobte, wie das nun einmal bei ihnen Unfälle ist, auf dem benachbarten Trottoir und Straßenraum herum. Mit unglücklicher Dreifigkeit bückte sich ein achtjähriger Anabe, um vor einem herannahenden Kollwagen ein Stückchen von dem seltenen frischgefrorenen Eise auf der Straße aufzuheben. Die Keckheit strafte sich furchtbar an dem Kleinen, der schwere Wagen fuhr über die Finger der rechten Hand und quetschte sie zu einer unförmlichen, blutigen Masse. Vorübergehende hoben den Kleinen auf und trugen ihn nach dem nächsten Heilgehilfen, der einen ersten Nothverband anlegte. Natürlich hatte der Anblick der verletzten Hand und der Blutverlust des Schulkameraden erschreckend auf die kleine Schaar gewirkt, die nun sehr artig und still nach Hause schlich. Der Lärm und die bekannten kleinen Ungezogenheiten der Kinder in der Nähe der Schulgebäude sind nichts seltenes. Sollte den Lehrern hier nicht ein erfolgreiches und wenig beschwerliches Eingreifen möglich sein?

Polizei-Bericht. Am 4. d. M. war die 3 Jahre alte Tochter des Zimmermanns Haupt in der elterlichen Wohnung in einer Waschkübel mit heißem Wasser gefallen und hatte sich dabei verbrannt, daß sie am folgenden Tage in Bethanien, wohin sie gebracht worden war, an den erlittenen Verletzungen verstarb. — In der Nacht zum 6. ds. Mts. vergiftete sich ein Mann in seiner Wohnung in der Poststraße mittelst Coanalki. — Am 6. d. früh fiel der Schneider Jelsch in der Dennewitzstraße in Folge des Glattsees zu Boden und brach ein Bein. Er wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. — Am Vormittag desselben Tages stürzte auf dem Neubau Kirchstr. 22 der Zimmermann Roy beim Aufbringen von Balken in Folge angelegten Glattsees etwa 3 Meter tief hinab und erlitt mehrgewichtige Verletzungen, so daß er nach dem Krankenhaus in Noabit vere Nippenbrüche, so daß er nach dem Krankenhaus in Noabit gebracht werden mußte. — Um dieselbe Zeit entstand in dem Keller der 17 in Keller belegenen Laboratorium dadurch Feuer, daß ein etwa 2 No. Säuregefäß mit enthaltender Ballon beim Abfüllen zerbrach. Der Hausdiener erlitt beim Löschen leichte Brandwunden an der Hand. Die Feuerwehr war zur Stelle. — Gegen Mittag wurde in der Lindenstraße ein Pferd scheu und ging durch. Der Schloffer Thomasle, welcher es aufhalten wollte, wurde von demselben umgerissen, durch Husten mehrfach verletzt und ins Genick gebissen, ebenso erlitt der Kutscher Glase von dem Thiere durch Beißen eine Verletzung an der Hand. — Als Nachmittags der Kollwitzer Dittmann in der Forststraße ein schweres Faß Branntwein abladen wollte, glitt ihm dasselbe aus den Händen, rollte über ihn hinweg und fügte ihm so schwere Verletzungen zu, daß er die Hilfe der nächsten Sanitätsstation in Anspruch nehmen mußte. — Um dieselbe Zeit fiel dem auf dem Potsdamer Güterbahnhof mit Verladen von Fruchtgütern beschäftigten Bahnarbeiter Wiskewitz eine schwere Kiste auf das Bein, so daß er einen Bruch desselben erlitt und nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht werden mußte. — Gegen Abend wurde an der Ecke der Brenzlauer- und Alexanderstraße ein Mann durch ein Schlächterhuhnwerk überfahren und am Knie so schwer verletzt, daß er mittelst Krankenwagens nach dem Krankenhaus im Friedrichshain gebracht werden mußte. — Um dieselbe Zeit gerieten in der Greifswalderstraße ein Arbeiter und ein Maurer in Streit, wobei der letztere durch einen Messerstich am Kopfe verwundet wurde. — Abends gegen 9 Uhr stürzte sich ein 10 Jahre altes Mädchen aus einem Fenster der Langestraße vier Treppen hoch gelegenen elterlichen Wohnung auf die Straße hinab und erlitt durch den Fall so schwere Verletzungen, daß es mittelst Krankenwagens nach dem Krankenhaus im Friedrichshain gebracht werden mußte.

Gerichts-Zeitung.

† Gefälschter Safran war von der Polizeibehörde durch eine Requisition bei dem Materialwaarenhändler Julius Szemtus vorgefunden worden; es war als Safran ein Surrogat verkauft worden, das sich hauptsächlich aus zerpulvertem Sandelholz und noch einigen anderen Ingredienzien zusammensetzte. Durch Verfüzung vom 7. Februar d. J. wurde Szemtus durch das Polizeipräsidium darauf aufmerksam gemacht, daß wenn er sich nicht des Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz schuldig machen wolle, er verpflichtet sei, das Safran-Surrogat als „Surrogat“ ausdrücklich zu bezeichnen, sobald er es verlaufe. Am 27. Februar erschien nun der Edw. Mann in der Hiltzstraße in dem Laden des Angeklagten und forderte für 10 Pfennig gekochenen Safran. Der bedienende Kommissar Herr Szemtus war gar nicht anwesend — gab ohne weiteres das Safran, ohne es als solches zu bezeichnen, für echten Safran hin. Nunmehr wurde gegen den Reizigal eine Anklage eingeleitet, die gestern vor der 94. Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts zur Verhandlung kam. Zu seiner Entlastung führte der Angeklagte

an, daß er nach jener Verfüzung der Polizeibehörde sein Personal ausdrücklich beauftragt habe, den Safran als „Surrogat“ beim Verkauf zu bezeichnen. Die Vernehmung des Kommissars bestätigte diese Behauptung; der junge Mann gab an, im Drang der Geschäfte die erklärende Bezeichnung zu geben vergessen zu haben. Der Anwalt ließ die Anklage wegen wissenschaftlichen Fehlhaltens verfallen, resp. Gemüthsmittel fallen, sah aber eine Fahrlässigkeit darin, daß der Angeklagte nicht durch deutliche Etikettirung jeden Irrthum bei den Kunden ausgeschlossen habe und beantragte deshalb eine Geldstrafe von 10 M. gegen den Angeklagten. Der Gerichtshof war jedoch der Ansicht, daß der Angeklagte genügend vorichtig gehandelt habe, als er seinem Personal den bestimmten Auftrag gab, dessen Vernachlässigung nur in einem Falle erwiesen sei und erklärte deshalb die Freisprechung des Angeklagten.

† Mitglieder einer Fälschungs-Gesellschaft standen gestern vor dem Schwurgericht des hiesigen Landgerichts I. Das Verbrechen gegen das Münzgesetz waren drei Personen, der Schneider Gustav Gömann, der frühere Pferdebahnkassierer, jetzige Kohlenhändler Adolf Brösle und Tapezierer Friedrich Kolloff angeklagt. Der erstere sollte in den Jahren 1883–86 falsche Münzen angefertigt, der letztere sie in den Verkehr gebracht und der zweite das Verbrechen begünstigt haben. Nur Kolloff war im vollen Umfange geständig. Er erzählte, daß er im Sommer d. J. durch Arbeitslosigkeit in große Noth gerathen und zufällig Gömann in der Hofenstraße kennen gelernt habe. Der Schneider sei sein Verführer geworden. Er habe ihm den mühseligen, reichlichen Erwerb vor Augen geführt, den er haben könne, wenn er falsches Geld vertriebe, und er sei den Vordungen gefolgt. Die Fälschungen beschränkten sich auf 1/2 und 1/4 Reichsmarkstücke, mit dem Münzzeichen A. und der Jahreszahl 1874 resp. 1888 versehen und sind nach dem Gutachten der k. Münzdirection aus einer Mischung von Zinn und Antimon unter Zusatz einer kleinen Quantität Kupfer hergestellt. Es gelang Kolloff in ca. 20 Fällen, Fälschungen an den Mann zu bringen; von dem Erlös fiel ihm der dritte Theil zu. Da wurde er am 14. August in Charlottenburg ertappt und noch eine Anzahl falscher Geldstücke bei ihm vorgefunden. Nun schritt die Polizei auch zur Verhaftung des seit längerer Zeit obervertrichteten Gömann und auch in seinem Besitz wurden nicht unbedeutliche Massen unechter Stücke und u. A. ein echtes Fünfmarkstück vorgefunden, welches nach dem Gutachten der Münzdirection deutliche Spuren trägt, daß es für den Guss der Form benutzt worden ist, in der die falschen Fünfmarkstücke, deren charakteristische Merkmale auf den gleichen Ursprungsort hinweisen, hergestellt worden sind. Gleichzeitig wurde noch eine andere Entdeckung gemacht. Im Jahre 1883 hatte sein Münzfälschungsproceß stattgefunden, in dem der Väter Wollstein zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus wegen Verbreitung falschen Geldes verurtheilt worden war. In demselben hatte der Verurtheilte behändig angegeben, er habe die Fälschungen von einem ihm dem Namen nach unbekanntem Mann erhalten, von dem er aber eine Personalbeschreibung lieferte, die Zug für Zug auf Gömann paßte. Gömann hatte sich damals rechtzeitig „gedrückt“ und hat erst in diesem Frühjahr den Berliner Boden wieder betreten. Er bestreitet, die Münzen selber angefertigt zu haben und will sie von dem „Allerwelts-Unbekannten“ erhalten haben, der in diesem Falle Karl heißt und sich dem Schneider stets nur in einer Destillation gezeigt haben soll. Es ist auch in der That zweifelhaft, ob nicht noch mehr Personen bei der Herstellung der Fälschungen theilhaftig waren, denn es ist der Polizei nicht gelungen, die Münzwerkstätte zu entdecken. Für Gömann's Theilnahme spricht aber, daß er bei dem Kurzwaarenhändler Heinrich in der Brüdenstraße das Material zu den Fälschungen, sog. Britanniastoff zu entnehmen pflegte, und der Umfang der Fälschungen geht daraus hervor, daß er einmal 6 Duzend Löffel auf einmal kaufte. — Brösle hat dadurch sich verdächtig gemacht, daß er Gömann warnte, noch ferner Löffel in dem Lokale von Heinrich zu kaufen, da dasselbe polizeilich umstellt sei. — Der Staatsanwalt hielt die Anklage im vollen Umfange aufrecht und beantragte, gegen die drei Angeklagten das Schuldig auszusprechen. — Die Geschworenen sprachen den Angeklagten Gömann nur der Verbreitung falschen Geldes unter Ausschluss mildernder Umstände und den Angeklagten Kolloff der Beihilfe hierzu schuldig, während der Angeklagte Brösle freigesprochen wurde. Der Gerichtshof bemah die Strafe für Gömann auf 5 Jahre Zuchthaus und für Kolloff auf 3 Jahre Zuchthaus, wie der Staatsanwalt beantragt hatte. — Außerdem wurde auf Einziehung der Fälschungen erkannt.

Ueber die Frage, zu welcher Ortskrankenkasse die versicherungspflichtigen Personen des Stadtbezirks Berlin gehören, scheint immer noch nicht volle Klarheit zu herrschen, und zwar nicht nur in Laien-, sondern auch in juristischen Kreisen. So liegt uns ein Revisions-Gutachten des Straßenrats des lgl. Kammergerichts zu Berlin vom 16. September 1886 vor, in welchem ausgeführt wird, daß, da nach der Bekanntmachung des Magistrats der Stadt Berlin vom 26. November 1884 eine besondere Klasse für Feilenhauer errichtet worden ist, die in eine beliebige Fabrik als Feilenhauer eingetretene Person bei dieser Klasse zu versichern sei. Diese Auffassung erscheint durchaus unrichtig. Nach § 16 Abs. 2 des Krankenversicherungsgesetzes soll die Ortskrankenkasse in der Regel für die in einem Gewerbezweige oder in einer Betriebsart beschäftigten Personen eröffnet werden, d. h. also für sämtliche Personen, welche in diesem Gewerbezweige oder in dieser Betriebsart beschäftigt sind. Demgemäß bestimmt auch § 19 Abs. 2 des Gesetzes, daß die in diesen Gewerbezweigen und Betriebsarten beschäftigten Personen mit dem Tage, an welchem sie in die Beschäftigung eintreten, Mitglieder der betreffenden Kasse werden. Es kommt also für die Zuständigkeit der Ortskrankenkasse lediglich auf den Gewerbezweig oder die Betriebsart an, in welcher die betreffende Person beschäftigt ist und keineswegs auf den Beruf der Person. Wenn demnach z. B. ein Feilenhauer in einer Maschinenfabrik beschäftigt wird, so ist er nicht bei der Ortskrankenkasse der Feilenhauer, sondern bei der Ortskrankenkasse der Maschinenbauarbeiter zu versichern.

Der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches wird nur so selten der Presse zugethan, daß ein jeder derartige Fall unter diesen Umständen bemerkenswerth erscheint. Die Königl. Ostbahn war von einem Lokalblatte angegriffen worden, weil dieselbe gelegentlich der hienowirtschaftlichen Ausstellung zu Kallberg-Küdersdorf mit der Güterbeförderung säumig „wie immer“ gewesen sei, und es wurde ihr dann weiter die ironische Bezeichnung einer „Staatsbahn“ gegeben. Der Redakteur hatte sich nun dieser Tage wegen Beleidigung des Betriebsamtes Berlin-Schneidemühl vor der 2. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I zu verantworten. Der thatsächliche Beweis gelang indes vollständig, nur wegen der Worte „wie immer“ traf den Redakteur die niedrigste Geldstrafe von 3 M. Im Uebrigen wurde der Presse von dem Gerichtshofe ausdrücklich das Recht zugesprochen, derartige Mißstände zu tadeln.

Ein sozialdemokratisches Flugblatt gelangte vor einiger Zeit in Leipzig zur Vertheilung, wegen dessen Verbreitung bereits 17 Personen in Leipzig zu Gefängnisstrafen verurtheilt wurden. Als Drucker und Verleger war auf dem Flugblatt eine schweizerische Verlagsanstalt genannt, es wurde jedoch ermittelt, daß jenes sofort auf Grund des Sozialistengesetzes verboten wurde in der Ludwigschen Buchdruckerei in Chemnitz in einer Auflage von 30 000 Exemplaren hergestellt war. Buchdruckereibesitzer Ludwig wurde hierfür vom Landgericht zu Chemnitz mit 2 Monaten und 1 Woche Gefängnis bestraft.

Entscheidungen des Reichsgerichts. (Nachdruck verboten.) Leipzig, 6. Dezember. (Presseprozeß.) Der Redakteur des „Boten aus dem Riesengebirge“, Heinrich Dürholt in Hirschberg, hatte in seinem Blatte zwei Artikel veröffentlicht, in welchen den „Paffen“ der Vorwurf gemacht wurde, daß sie

sich an der Wahlbewegung betheiligen und für das (konser-vative) „Schlesische Wochenblatt“ Abonnements und Inserate sammeln. Hierdurch fühlte sich der Pastor Schm. beleidigt und er stellte gegen Dürholt einen Strafantrag, dem sich das Konsistorium der Provinz Schlesien angeschlossen. Am 2. Oktober kam die Sache vor der Strafkammer in Hirschberg zur Verhandlung, aber sie nahm einen den Antragsteller nicht erwünschten, für den Angeklagten jedoch um so angenehmeren Verlauf, als er in Folge seiner Kampfesmuthigkeit sehr oft genähigt ist, sich im Gefängnisse häuslich einzurichten. Herr Dürholt behauptete nämlich, er habe weder Herrn Schm. noch das Konsistorium resp. eine Einrichtung der christlichen Kirche (das Predigtamt) beleidigen und beschimpfen wollen. Alle die in Frage kommenden Herren würden sich doch nicht für Paffen halten wollen, da man unter Paffen nur pflichtvergeßene, unwürdige Vertreter des Predigtamtes, das Zerbild eines Geistlichen, verstehe. Dafür, daß diese Begriffsklärung die richtige sei, führte er eine große Anzahl von Stellen aus den Werken deutscher Dichter und Schriftsteller an. Wenn sich nun, wie anzunehmen sei, die Antragsteller nicht für Paffen hielten, so hätten sie auch kein Recht zur Stellung des Strafantrages. Diesen Ausführungen trat das Gericht in allen Punkten bei und erklärte daher auf Freisprechung. Mit Bezug auf eine Stelle des zweiten Artikels, in welcher Superintendenten und Pastoren als „Thoren“ bezeichnet waren, sagte das Urtheil, diese Stelle sei zwar geeignet, solche Kirchendiener lächerlich, aber nicht verächtlich zu machen und deshalb könne auch hier von einer Strafbarkeit nicht die Rede sein. Die amtliche Thätigkeit der Prediger habe der Artikel nicht zur Grundlage und deshalb sei das Konsistorium nicht zur Stellung des Strafantrages berechtigt, da der Artikel nicht davon spreche, daß alle Pastoren und Superintendenten Abonnenten und Inserenten geworden hätten und Pastor Schm., wie feststehe, dies nicht gethan habe. — Gegen das freisprechende Urtheil hatte der Staatsanwalt das Rechtsmittel der Revision eingeleitet, und so kam die Sache am 3. Dezember vor dem 4. Strafsenate des Reichsgerichts zur Verhandlung. Begründet wurde die Revision damit, daß die Fassung des ersten Artikels nicht ohne weiteres die Auslegung zulasse, als sei der Ausdruck „Paffen“ nur in dem vom Gerichte angenommenen Sinne gebrauchlich. Eine unabweislich hervortretende Unterdrückung mache der Artikel nicht, und der Leser könne den Eindruck gewinnen, daß beide Begriffsarten, die vom Gerichte beliebt und die, nach welcher das Wort Paffe eine verächtliche Bezeichnung für irgend einen Prediger ist, gemeint sein sollten. Selbst wenn man keine Beschimpfung einer Einrichtung der christlichen Kirche annehmen wolle, würde immer noch eine Beschimpfung einer Anzahl von Geistlichen übrig bleiben. Oberreichsanwalt Tesendorff beantragte indessen die Verwerfung der Revision, da sie wesentlich gegen die thatsächlichen Feststellungen ankämpfe. Wenn auch, so sagte er, das Urtheil an sich nicht unbedenklich zu sein scheint, so sei doch in den Gründen kein Rechtsirrtum zu finden. Der erste Richter erkenne an, daß das geistliche Lehramt eine Einrichtung der christlichen Kirche sei, aber er sage weiter, es sei nicht anzunehmen, daß die Angriffe des Artikels gegen das geistliche Lehramt gerichtet seien, vielmehr gegen die Auswüchse, die sogenannten Paffen. Dies seien alles thatsächliche Feststellungen und es treffe dies in beiden Punkten der Anklage zu. Was nun die Beleidigung der Pastoren betreffe, so werde zunächst vom Landgerichte angenommen, daß, wenn den Geistlichen vorgeworfen wird, sie trieben Wahlpropaganda und zwar konser-vative, dieser Vorwurf sich nicht auf den Beruf beziehe. Dies sei vollständig richtig. Das Reichsgericht habe schon früher dahin erkannt, daß nicht eine Berufsbeleidigung vorliege, wenn einem Geistlichen z. B. Unzuchtreiben und lächerlicher Lebenswandel vorgeworfen worden ist. Solche Dinge ständen in keiner Beziehung zu dem Berufe und die vorgelegte Behörde könne daher bezüglich solcher Beleidigungen keinen Strafantrag stellen. Auch Pastor Schm. habe in diesem Falle nicht das Recht zur Antragstellung gehabt, da festgestellt sei, daß er nicht zu den Kollportieren gehört habe. Wenn der Staatsanwalt die Ausführungen des Urtheils, wonach die Vorwürfe des Artikels sich nicht auf Pastor Schm. beziehen, für unklar halte, so sei da zu berücksichtigen, daß die Strafkammer Kulan gegen den Pastor erlassen wollte und deshalb eine ausdrückliche Feststellung, daß derselbe nicht zu den Paffen gehöre, für überflüssig gehalten habe. — Das Reichsgericht verwarf so dann unter Billigung der Gründe des Oberreichsanwalts die Revision des Staatsanwalts.

Leipzig, 6. Dezember. (Freiheitsberaubung und Körperverletzung.) Ein gewisser F. besuchte eines Tages den Gemüthskrankenkranke H. in Leipzig-Lindenau, bei welchem er den Maler J. antraf, der bei H. zur Miete wohnte. Da F. den J. drei Mark schulde, so mahnte letzterer ihn und drängte ihn schließlich in H.'s Wohnung, die er von innen verschloß. Dann prügelte er den J. in lebensgefährlicher Weise, ohne daß H., der von F. noch rückständige Miete zu fordern hatte, ihn gebindert hätte. Das Landgericht Leipzig verurtheilte J. wegen gefährlicher Körperverletzung und Freiheitsberaubung, den H. dagegen wegen Hülfeleistung dazu. H. wollte sich bei seinen 3 Monaten Gefängnis nicht beruhigen und hielt vor dem Reichsgerichte eine große Rede, wonach sich alles gegen ihn verschoren haben soll. Das Reichsgericht verwarf jedoch seine Revision am 6. Dezember.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Unfallversicherung in der Landwirtschaft. Den mecklenburgischen Ständen ist der Entwurf einer Verordnung zur Ausführung des Reichsgesetzes, betreffend die Unfallversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, vorgelegt. In dem Entwurf ist der gesetzliche Versicherungszwang rückwärts der im Betriebe des Familienhauptes nicht gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Familienangehörigen ausgeschlossen. Ebenso wenig soll der Versicherungszwang auf Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe ausgedehnt werden, indem davon ausgegangen wird, daß das etwa vorhandene Bedürfnis für eine Selbstversicherung kleinerer ländlicher Besitzer durch die in § 2 des Reichsgesetzes gewährte Versicherungs-berechtigung in ausreichender Weise Abhilfe finde (?). Der Gesetzentwurf proponirt die Bildung einer Berufs-Vereinsorganisation für die Unfallversicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter des Großherzogthums mit dem Sitze in Schwerin, und an Stelle des sonst zuständigen Reichsversicherungsamtes die Konstituierung eines Landesversicherungsamtes. Nach den dem Gesetzentwurf beigegebenen Motiven hat die großherzogliche Regierung nicht für geboten erachtet, zu der Einführung des allgemeinen Krankenversicherungszwanges zu schreiten. Die großherzogliche Regierung geht davon aus, daß die Erwerbungen, welche die Reichsgesetzgebung bestimmt haben, die Einführung dieser Versicherung dem Erweisen der einzelnen Bundesstaaten zu überlassen, gerade für Mecklenburg im vollsten Maße zutreffen, indem die Beziehungen zwischen dem ländlichen Arbeiter und seinem Arbeitgeber nach Sitte und Herkommen bis jetzt einen Charakter bewahrt hätten, der dem Arbeiter in den Zeiten einer durch Krankheit verursachten Erwerbsunfähigkeit regelmäßig eine mindestens ebenso werthvolle Hilfe sichere (?), als ein gesetzlicher Versicherungszwang das vermögen würde. — Immer langsam voran, heißt es in Mecklenburg und die dortigen Arbeiter werden nicht eher mehr erreichen, als bis sie sich ebenfalls organisiert und eine gewisse Macht verschafft haben.

Die fortschreitende Technik setzt das Unternehmertum in den Stand, aus dem Produktionsproceß immer mehr herauszuschlagen. Wie weit sind wir nicht gekommen in der Ausbeutung früher für nutzlos gehaltenen Rückstände, wie weit

nicht von der Verwerthung der Thomschlacken als künstlicher Dünger u. s. w. ? Jetzt wird sogar der Kacka nutzbar gemacht. Die Fabriken von Ells-Havids, welche pro Tag 50 Tonnen Brennstoff verbrauchen und dabei aus 24 Oefen 79 296 Kubikmeter Rauch erhalten, haben aus diesem Nebenprodukt gewonnen und erheblich dabei profitirt. Der Rauch wird durch einen Aspirator in einen hölzernen Sammelkasten aufgesogen und geht von da in den Kondensations- und Sammelapparat. Man erhält täglich 5000 Kilogramm essigsauren Kalk, 900 Liter Methanolalkohol, Theer u. s. w. Wie wird durch diese neuesten Fortschritte wieder die Kapitalanhäufung gesteigert werden.

Das Spielwaaren-Exportgeschäft des meiningener Oberlandes nach Amerika weist im 3. Quartal 1886 die Biffer von 4 073 792 M. auf, gegenüber dem gleichen Quartal des vorigen Jahres ein Mehr von 1 400 296 M. Welche ungeheure Summe von Arbeit, Leid, weiches großartiges Martyrium der Tausende von Hausindustriellen steckt hinter diesen Zahlen! Die Paläste der Sonneberger Kaufherren, die als Verleger einen riesigen Profit auf Kosten der Hausindustriellen, „Fabrikanten“ genannt, einstreichen, bilden den Hintergrund eines Gemäldes, das den furchtbarsten Kampf ums Dasein darstellt. Nirgends ist die Ausnutzung der Arbeitskraft eine ärgere, als gerade in der Hausindustrie, die zu entsetzlich niedrigen Löhnen Mann, Weib, Kinder im zartesten Alter schon in das Joch des kaufmännischen Unternehmertums spannt. Wohn-, Arbeits-, Schlafraum und Küche sind Eins, die Behausungsgesetze ist äußerst hoch, so ist z. B. in Sonneberg die Wohnungsfrage geradezu eine brennende. Das fünfzig Pfennige Tagelohn nichts seltenes sind, ist allmählich erwiesen. Der vorstreffliche Schilderer der thüringischen Hausindustrie, Emanuel Sax, hat mit unerbittlichem Griffel die Misere der Hausindustriellen und die Lage der sie ausnützenden Kaufmannschaft geschildert. Wer unter diesen Voraussetzungen die Exportziffer betrachtet, der wird nicht in den todbenenden Jubel der bürgerlichen Organe über diesen „Aufschwung“ einstimmen können. Die Herren denken freilich: Non olet, es riecht nicht, das Gold, nach dem Alles drängt, vor allem das Unternehmertum.

Eine große Glasfabrik will Friedrich Siemens, der Dresdener Glaskönig, in Budapest errichten. Dem Herrn sind die organisierten, auf einer höheren Kulturstufe stehenden deutschen Arbeiter offenbar zu rebellisch; der letzte Glasmacherstreik hat Sr. kapitalistischen Hoheit besonders missfallen, und deshalb sucht man sich von dem „Uebermuth“ der Arbeiter zu emancipiren, die so heimtückisch sind, mit ihrem einzigen Gut, der Arbeitskraft sparsam wirtschaften zu wollen und höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, bessere Arbeitsbedingungen anzustreben. In Budapest giebt es die Tausende der in Dumpfheit, Schmutz und Bedürfnislosigkeit verkommenen Slawalichen Kulis, die der deutschnationalen Siemens in seiner Glasfabrik nach Belieben ausnützen kann. Weiter hat die Geschichte keinen Zweck. Der Bruder aber hält auf Naturforschungsreisen geistreiche Reden darüber, wie der Fortschritt des Kapitalismus den Arbeitern zu gute kommt. Es geht nichts über schöne Reden.

Zur Buchdruckerbewegung. Barmen, 5. Dezember. Ein Flugblatt, betitelt: „Ein großartiger Versuch zur Irrleitung der öffentlichen Meinung“ wurde am Sonnabend und Sonntag seitens der streifenden Schriftsetzer hier verbreitet. Dieses Flugblatt war schon Ende Oktober von der königl. Regierung mit Beschlag belegt und wurde am 1. Dezember wieder frei gegeben.

Die Arbeiter der Perlmutterwaaren-Fabrik von Tauber & Ehrlich haben sämmtlich die Arbeit niedergelegt. Zugung ist strengstens fernzubalten.

Vereine und Versammlungen.

Im „Berliner entomologischen Vereine“ sprach gestern, (Montag) 6. Dezember, Dr. Karsch, Privatdozent der Insektenkunde an der hiesigen Universität, über die Insekten als Zwischenwirthe. Die Entomologie, d. h. Lehre von den Insekten, rühmt sich eines hohen Alters; schon Aristoteles beschäftigte sich damit und kennzeichnete die kleinen summenden, fliegenden und stehenden Flügler und Käfer theils als nicht Luft athmende Landthiere, welche an ihrem Körper Einschnitte haben) theils als geflügelte Thiere ohne Blut. — Seit Erfindung des Mikroskops hat man die Insekten bis ins kleinste zerlegt, ihre Art, ihren Bau und ihre Lebensweise erforscht und festgestellt. Dr. Karsch machte es sich zur besonderen Aufgabe, den bei seinen mikroskopischen Untersuchungen gemachten Beobachtungen über die in Insekten gefundenen Parasiten und ihre Weiterentwicklung nachzuspüren. Dabei ergründete er, wie auch schon andere Gelehrte, daß viele dieser in Insekten lebenden Parasiten sich in entwickeltem Zustande als scharozehende Würmer im Menschen und in einigen Säugethieren wiederfinden und theilweise keine, theilweise große Beschwerden verursachen.

In seinem sesselnden Vortrage erörterte Dr. Karsch zunächst, daß die Lehre von den Insekten als Zwischenwirthen im allgemeinen noch keine sehr ernste betrieblene sei, trotzdem sie große Beachtung verdiene. Alsdann erläuterte er den Begriff „Zwischenwirth“. Unter einem Zwischenwirth versteht er ein Scharozehthier, das wieder einen Parasiten im Jugendzustand in sich birgt, dessen letztere Weiterentwicklung und Vermehrung aber davon abhängig ist, daß sie passiv in einen anderen Organismus, in einen anderen „Wirth“ gelangen, in dem dieser das Thier frisst, welches den Scharozeh in Jugendzustand enthält. Deshalb, meinte Dr. Karsch auch, wurde die Bezeichnung Vor- und Nachwirth treffender gebraucht werden. Beispielsweise seien zwei Krebsarten (gammarus und cyclops) Zwischenwirthe von Fadenwürmern und zwar von dem Medinarvum (Alaria modionensis). Dieser Wurm, nur in tropischen Gegenden vorkommend, bohrt sich mit seinen Haken in den Organismus des Krebses; dort würde er zu Grunde gehen, wenn nicht ein Fisch den Krebs essen und diesen verdauen würde. Dabei entwickelt und vermehrt sich der Medinarvum und gelangt beim Verzehren des Fisches oder aus dem Wasser durch Trinken in den menschlichen Leib. Dort windet er sich durch bis zum Unterhautzellgewebe und verursacht hier bösartige Geschwüre. Die Tropenbewohner suchen nun den Wurm in diesen auf und ziehen den oft 3 bis 4 Meter langen Parasiten durch langsames Aufrollen über ein Köllchen hinaus. — Unter den Insekten als Zwischenwirthen unterscheidet man zwei Arten: freilebende und selbstparasitische. Die ersteren seien Zwischenwirthe der Jugendzustände nicht bandwurmartiger Parasiten, die letzteren solcher von bandwurmartigen. Zu den freilebenden gehören die Eintagsfliegen, die Moskito's und der Maitäfer, so wie ihre Larven; zu den selbstparasitischen Zwischenwirthen gehören die „Pelsfresser“, die Hunde- und die Schafkäufe. — Die Fliegen erfahren ihre Weiterentwicklung und Vermehrungsfähigkeit in Raubinsekten: Wasserläusen, Heuschrecken, Grillen — in denen sie zu „Haarwürmern“ heranwachsen. Solche langen haardünnen Parasiten (gordias aquaticus) fänden auf dem Vande Hausfrauen Morgens häufig im Wasser von Waschbecken. Dorthin gelangten sie Nachts aus den Organismen der Grillen, die sich ihrer, wie beobachtet, durch Winden des Körpers entledigten. — Der Maitäfer und seine Larve: der Engerling sei der Zwischenwirth des namentlich im Schweine-darm, aber auch im Menschen scharozehenden „Niesenträgers“ (echinorhynchus gigas). Durch Maitäferessen gelange er in den Menschen. Entdeckt wurde dieser Parasit von Anton Schneider, einem Entomologen in Breslau. Unter den Selbstparasiten beherbergen in ihrem Innern die Hundeläuse den Keim des Bandwurms, diesen mit den Haaren des Hundes freifend; in den Hund wiederum gelangt er durch Lecken und „Knaden“

der Läuse und entwickelt sich im Darne zum Gurkenleimbandwurm (taenia cucumerina). In den Menschen gehen die Parasiten über durch „Liebholungen“ der Hunde und entwickeln sich in der Leber oft zu mehrere Pfund schweren Gebilden als „Luesenwurm“, der, wie schon häufig in Zeitungen berichtet, den Tod herbeiführt hat. Uebrigens kommen die Hundeläuse auch auf Katzen vor! — Ebenfalls durch Lecken gelange die Finne ins Schwein und hind und durch den Genuß beider Fleischarten in rohem Zustande in den Menschen, wo sie zum Bandwurm mit beym. ohne Hakenkrans heranwachsen. Den Zwischenwirth des Zwirbandwurms (taenia expansa) im Schafe vermuthet der Amerikaner Mc. Murrich in der Wolllaus (melopagus ovinus), doch sei das nicht recht wahrscheinlich. — Der Vortrag wurde durch Präparate und Wachsmodelle anschaulich erläutert.

Bei der Diskussion erwähnte Rektor F. Schulz der Crisalliden (Raupen), deren Untersuchung von großem Werthe, da sie ansehnend die Zwischenwirthe für die Trichinen seien. Die Crisallide Raupe sei in Schaf- und Pferdekrippen gefunden, werde auch von Ratten gefressen und in den genannten Thierarten fänden sich, ebenso wie in Schweinen, Trichinen. — Sanitätsrath Neuer erzählte von der von ihm beobachteten schnellen Vermehrung der Hundeläuse auf Stubenhunden.

Der Vortrag, bei dessen Wiedergabe wir uns auf das all-gemeinere beschränken mußten, läßt für das Publikum aufs neue die Gefahren erkennen, denen es sich bei zu innigem Verkehre mit Vierfüßlern aussetzt.

Der Unterstufungsverein deutscher Schuhmacher hielt am Montag, den 6. d. M., in Sager's Salon seine letzte diesjährige Versammlung ab. Der Vorsitzende machte auf den bereits begonnenen Fachunterricht aufmerksam und forderte zu recht reger Theilnahme an demselben auf. Der darauf folgende Vortrag des Herrn Schlüter behandelte das Thema: „Die Entfischung des Handwerks.“ Der Vortragende sprach über die ersten Spuren des Handwerks und u. A. auch über die ersten Innungen und wies darauf hin, daß diese in eine gemeinschaftliche Kasse gearbeitet hätten (?) und den Ertrag gleichmäßig getheilt hätten. — Eine animirte Diskussion schloß sich an den Vortrag an. — Zum Schluß theilte der Vorsitzende mit, daß die nächste Versammlung am 3. Januar 1887 im Norden Berlins stattfinden wird. Auf eine Frage wird ferner mitgetheilt, daß am 13. d. M. im Königsplatz-Kasino eine öffentliche Schuhmacher-Versammlung tagen soll.

Eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter Berlins tagte am 3. d. M. in Wohlhaupts Salon, Mantelstraße 9. Die Versammlung diskutierte die Ursachen der Arbeitseinstellung in der Fabrik des Herrn Jachmann, Köp-nickerstr. 99. Der Referent theilte mit, daß die in der genannten Fabrik gezahlten Löhne dem niedrigen waren, daß es dem Arbeiter nicht möglich sei, dabei existiren zu können. Der durchschnittliche Verdienst der Granatenarbeiter, welche die Arbeit niedergelegt haben, betrage bei angelegter Tätigkeit und einer Arbeitszeit von 75 Stunden pro Woche 18—22 M. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß der bisherige Werkführer ebenfalls die Arbeit niedergelegt habe und bezweifel, daß es dem Obermeister der Fabrik gelingen werde, jetzt eben so gute Arbeiten liefern zu können, wie bisher unter der Leitung des aus Seiten der Arbeiter stehenden Werkführers. — Der Fabrikant Herr Jachmann war zu dieser Versammlung eingeladen, aber nicht erschienen. Da also eine Unterhandlung nicht möglich war, wurde eine Kommission gewählt, welche am Sonnabend mit dem Fabrikanten eine Einigung herbeizuführen suchen sollte. Schließlich nahm die Versammlung eine Resolution an, durch welche sie das Vorgehen der Arbeiter des Herrn Jachmann für gerechtfertigt erklärt und für die Interessen derselben mit allen Kräften einzutreten verspricht. Wie uns berichtet wird, gelang es der gewählten Kommission nicht, am Sonnabend mit Herrn Jachmann zu verhandeln, da dieser für die Kommissionsmitglieder nicht zu sprechen war.

Große öffentliche Versammlung der Ortskasse der Maler am Donnerstag, den 9. d. M., Abends 8 Uhr, in den Gratzwischen Sälen, Kommandantenstr. 77—79, wozu sämmtliche Arbeitgeber und Arbeitnehmer freundlichst eingeladen werden. Tagesordnung: Zur Aufklärung der Rassenangelegenheiten und des Unfallversicherungs-gesetzes.

Große Versammlung sämmtlicher Schneider Berlins heute, Mittwoch, Abends 8 Uhr, bei Mundt, Köp-nickerstr. 100. Tagesordnung: 1. Wie stellen wir uns zur Neuwahl des Innungsausschusses? Referent: E. Basner. 2. Unser Herbergswesen. — Das Erscheinen sämmtlicher Kollegen ist nothwendig.

Im Verein Berliner Mechaniker findet am Donnerstag, den 9. Dezember cr., Abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Alte Jakobstr. 123, Restaurant d. Höhe, ein Vortrag des Herrn Regierungs-rath Dr. L. Löwenherz über Reichenbach, Fraunhofer und Steinheil statt. Gäste willkommen.

Verein für Technik und Gewerbe. Mittelstraße 65, Mittwoch, Abends 8 Uhr, Vortrag. Gäste willkommen.

Gesang- und gesellige Vereine am Mittwoch. „Freya“ Gesangverein der freireligiösen Gemeinde. Übungsstunde Abends 8 Uhr Münzstraße 5. — Gesangverein „Norddeutsche Schleiße“ Abends 9 Uhr Dredenerstr. 72—73 im Restaurant „Eden-Theater“.

Vermischtes.

Ein „anarchistisches Komitee“ wurde neuerdings in Leipzig entdeckt. Ein Leipziger Blatt schreibt: „Innerhalb der letzten Woche waren in Leipzig an verschiedene weibliche Personen Drohbriefe gelangt, inhaltlich deren dieselben aufgefordert wurden, zu einer bestimmten Zeit an einem genannten Orte eine gewisse Summe Geldes niederzulegen, widrigenfalls sie von einem „anarchistischen Komitee“ getödtet werden würden. Den Bemühungen der Kriminalpolizei gelang es am Freitag, den Briefschreiber in der Person eines 17jährigen Laufburschen zu ermitteln, welcher nach längerem Leugnen auch ein umfassendes Geständnis ablegte. Der überpannte Jüngling wird wohl Gelegenheit bekommen, seine überhöhte Phantasie abzulassen.“

Sehr vernünftig in Hinsicht auf die Jugenderziehung ist ein Verbot der königl. Amtshauptmannschaft Glauchau, welches unterwachsenen Personen und insbesondere Kindern die Anwesenheit beim Schlachten von Schweinen untersagt. Zu widerhandlungen gegen diese Bestimmung sind mit Geldstrafe bis zu 30 M. bez. entsprechender Haftstrafe bedroht.

Aus der „besseren“ Gesellschaft. Die „World“ berichtet aus London, daß eine unnütze große Anzahl von Personen, die sämmtlich der höchsten englischen Aristokratie angehören, sich allabendlich im Avenue-Theater einfindet, um daselbst die Vorstellung der „Indianerin“ anzusehen. Die Ursache dieser „noblen“ Völkerverwanderung ist der Umstand, daß die Gemahlin eines Peers von England, jung, schön und in der „eleganten“ Welt wohlbelannt, sich daselbst alle Abende in einem höchst freien Kostüm mitten unter den Choristinnen, zur größten Freude und Bewunderung ihrer Freunde und Bekannten, sehen läßt.

Kleine Mittheilungen.

Magdeburg, 6. Dezember. Eisenbahnunfall. (Privat-Mitth.) Der um 7 Uhr 15 Min. fällige Personenzug nach Halberstadt ist mit einer Stunde Verspätung Seeben von hier abgegangen. Wir fuhren erst glücklich ab, hielten jedoch bald auf dem Außenbahnhof, und wurden dann bald wieder in die Halle zurückgefahren. Die Maschine war nämlich nach einer Fahrt von 5 Minuten total unbrauchbar geworden, beide Kolbenstangen waren krumm gebogen und hatten riesige Löcher

in den Ries gewühlt; bei voller Fahrt hätte unabsehbares Unglück passiren können. Es wird Einem jetzt ordentlich Angst auf den preussischen Staatsbahnen.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Dichtung beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht ertheilt.

D. V. J. Der Betrieb einer Tischlerei, bei welcher regelmäßig 20 Leute beschäftigt sind, fällt unter das Unfallversicherungsgesetz und muß bei der Verwaltungsbehörde (in Berlin beim Polizeipräsidenten) angemeldet werden. Hat der Betriebsunternehmer diese Anmeldung verabsäumt, so kann gegen ihn von dem Vorstände der betr. Berufsgenossenschaft eine Ordnungstrafe bis zu 300 M. festgesetzt werden.

L. L., Badstr. 16. Wenden Sie sich persönlich an die Redaktion.

3 Bettende. Der Ausdruck: „netter“ oder „gemüthlicher Kerl“ ist nur dann beleidigend, wenn die Absicht zu beleidigen sich aus dem Zusammenhang des Gesprächs oder aus dem Tone ergibt. Für gewöhnlich ist jene Bezeichnung eher schmeichelhaft als beleidigend.

A. J. Wenn Ihnen Ihr Arbeitgeber irrtümlich zu viel gezahlt hat, so haben Sie sich durch die Annahme des zuviel Gezahlten nicht strafbar gemacht. Er kann aber nach Entdeckung seines Irrthums auf Rückgabe klagen resp. den Betrag von Ihrer Gegenforderung in Abzug bringen.

Alter Abonnent, Tempelhof. Schweine muß man vor dem Schlachten nur dann auf Trichinen untersuchen lassen, wenn man das Fleisch ganz oder theilweise weiter verkaufen will.

Abonnet Admiralstr. 1. Die Adresse ist zu richten an: Das holländische Ulanen-Regiment Nr. 15, Straßburg i. E. 2. Eine ausgelagerte Forderung verfährt immer erst in 30 Jahren; ist aber das Urtheil vor 1879 erlassen, so muß jetzt auf Zulassung der Zwangsvollstreckung aus demselben geklagt werden.

G. S., Maurer. 1. Ihre Anfrage läßt nicht erkennen, ob Sie bei Ihrer Verunglückung in einem versicherungspflichtigen Betriebe thätig waren. War dies der Fall, so können Sie von der Berufsgenossenschaft Entschädigung fordern, wenn Sie nach Verlauf von 13 Wochen noch nicht oder doch nicht völlig erwerbsfähig sind. 2. Das müssen Sie Herrn Krauts selber fragen.

Markthallen-Bericht von J. Sandmann, städtischem Verkaufsbemittler, Berlin, den 7. Dezember 1886.

Geflügel. Wegen der feuchten Witterung sind die Preise weicher. Gänse unter dem Halse geschnitten, vollständig gerupft, Flügel und Füße auf den Rücken gebunden, nicht gedreht und nicht gefengt, 8—10 Pf. Schwere 45—52 Pf., über 10—15 Pf. 52—62 Pf., Fettgänse über 15 Pf. schwer sehr rar und gut bezahlt 63 Pf. und mehr per Pf. Enten, Puten und Hühner sollen am Halse geschnitten sein. Der Kopf, die Flügel und Schwanzfedern werden nicht abgenommen. Junge Enten 1,50—2,50, fette Enten 50—65 Pf. per Pfund, über 10 Pfund schwere fette Puten 70—80 Pf. per Pf., Hühner 0,55 bis 0,80 und 1,20—1,70 M., Tauben 30 bis 40 Pf., Poularden 4,50—8 M. Wageres Geflügel schwer veräußlich. Lebende Gänse zum Mästen 2,00—3,00 M., lebende Enten 0,90—1,50 M. Auktion täglich im Bogen 4 um 6 Uhr Nachmittags.

Wild. Die Jagdbeute der letzten königlichen Hofjagd im Grunewald kommt im Bogen 4 zur Versteigerung. Preise weicher. Im Handel dürfen Rebhühner noch bis zum 14. geführt werden. Es wurden in der Auktion folgende Preise erreicht. Hasen nur bei sehr kalter Witterung mit Kaldduane zu verkaufen, sonst stets ausgenommen, ohne besondere Verpackung, auf Stangen von 10 Stück 3,70—4,05 M. Stück, sehr kleine und sehr fehlerhafte entsprechend weniger. Raminchen, ausgeweidet 45—55—70 Pf. per Stück. Rebze ausgeweidet 65—75 Pf., II. sehr starke und fehlerhafte 55 bis 65 Pf. pr. Pfund. Hirsche, I. 88—44, II. 35—40, Damwild 50 bis 70, I a 40 bis 50 Pf. per Pfund. Wildschwein 40 bis 56, kleine 55 bis 75 Pf. pr. Pfund. Rebhühner, junge 1,30—1,60, alte 90—110 Pf., Fasanen hennen 2,50 bis 3,00, Fasanenbühne 3,50 bis 4,00 M., Kranetsvögel 32—36 Pf. per Stück. Schneepfen 2,10—4,00, Bekassinen 40—75 Pf. pr. Stück. Die Wildauktionen werden täglich im Bogen 4 um 6 Uhr Nachmittags abgehalten.

Fleisch. Nach Errichtung der Fleischschau in der Markthalle wird es möglich, den Verkauf von geschlachteten Vieh hier zu vermitteln. Den Interessenten gebe ich gern jede nähere Auskunft. Der Fleischkommissionshandel in unserer Markthalle dürfte für viele Landwirthe und Schlächter von weittragender Bedeutung sein.

Obst und Gemüse. Größere Zufuhren sehr erwünscht. Die Preise steigend. Birnen 10—20 M., feinste Sorten 20—40 M., Äpfel 6,00—9,00 M., Tafeläpfel 10—20 M., feinste Sorten 20—36 M., Ballnüsse 20—30 M., geringe 12—15 M. pr. Str. Apfelsinen, Valencia 25—28 M., Affabon 15—16 M., Zitronen, Malaga 24—25 M. Böhmische Bohnen 10—13 M.

Weißfleischige Speisekartoffeln 3,00—3,50, rothe 2,80—3,00, blaue 2,50—3,20 per 100 Ko., groß Sellerie 7—10 M., klein 3—7 M., Meerrettig 7—12 M., Zwiebeln 4,50—6—8 M., Blumenkohl 30—40 M. pr. 100 Stück, Kohlrüben 1,50—2,00 M. per Fentner.

Pflanzen. Rosen-Hochstämme 35—55, niedrigere 15—20 M. pr. 100 Stück, Primeln 13—15 M. pr. 100 Stück. Auktion jeden Dienstag und Freitag um 5 Uhr Nachmittags.

Geräucherter und marirteter Fische. Engros-Auktion täglich um 7 Uhr Nachmittags im Bogen 4. Regelmäßige Zufuhren erwünscht. Preise waren steigend. Krakerlinge per Fäß 1,50 bis 2,25 M. Russische Sardinen 1,50—1,60 M. Rheinlaas 2,50—2,90, Weser- und Dittelachs 1,20—1,50, Flundern, kleine 2,50—5,00 M., mittel 7,50—16 M., große 18—27 M., Bücklinge 2,60—6,00 M. pr. 100 Stück. Errotten 60—80 Pf. per Kiste, 15—25 Pf. per Pf. Kieler Sprotten 25 bis 35 Pf. per Pfund. Rauchaal mittel 1 M. per Pf.

Fische. Hechte 40—40 M. pr. Str. Karpfen 35—64, 55—75 M. pr. Str.

Eier 3,30 M. pr. Schock.

Butter. Ia. Butter wenig zugeführt. Ia. Qualität in größeren Posten vorhanden. Frische feinste Tafelbutter 120—125, feine Tafelbutter I. 110—118, II. 95—108 M., III. fehlerhafte 85 bis 90. Landbutter I. 90—96, II. 80 bis 85 M. Galizische und andere geringste Sorten 55—72 M. pr. 50 Ko.

Käse. Emmenthaler 70—75, Schweizer I. 56—63, II. 50—55, III. 42—48, Quadrat-Backstein I. fett 20—25, II. 18—22 M., Limburger I. 26—32, II. 18—22, Rheinischer Holländer Käse 45—58 M., echter Holländer 60—65 M., Edamer I. 60—70, II. 56—58 M.

Wasserstand der Spree in der Woche vom 21. November bis 27. November 1886. (Angabe in Metern.)

Tage	21/11.	22/11.	23/11.	24/11.	25/11.	26/11.	27/11.
Am Oberbaum	2,38	2,38	2,37	2,37	2,37	2,34	2,38
Dammühle,	2,35	2,35	2,34	2,34	2,35	2,30	2,34
Dammühle,							
Unterwasser.	0,84	0,84	0,88	0,88	0,88	0,86	0,90